

Stenographisches Protokoll

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 30. Oktober 1952

- Inhalt**
1. Personalien
 - a) Krankmeldungen (S. 3985)
 - b) Entschuldigungen (S. 3985)
 2. Bundesregierung
 - a) Zuschriften des Bundeskanzlers Dr. Figl, betreffend die Enthebung der Bundesregierung und ihre Wiederbetrauung durch den Bundespräsidenten sowie die Zusammensetzung der neuen Bundesregierung (S. 3985)
 - b) Schriftliche Anfragebeantwortung 516 (S. 3985)
 - c) Debatte über die Regierungserklärung vom 28. Oktober 1952
Redner: Ernst Fischer (S. 3986), Doktor Tschadek (S. 3996), Hartleb (S. 4001), Dr. Strachwitz (S. 4009), Dr. Maleta (S. 4013) und Dr. Pfeifer (S. 4017)
 3. Regierungsvorlagen
 - a) Führung des Bundeshaushaltes vom 1. Jänner bis 31. Mai 1953 (666 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 3986)
 - b) Gewerbesteuerausgleichsgesetz 1953 (667 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 3986)
 4. Verhandlung
Bericht und Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform: Vorzeitige Beendigung der VI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates (665 d. B.)
Berichtersteller: Sebinger (S. 4019)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4020)

Eingebracht wurden

Anträge der Abgeordneten

Dr. Gschnitzer, Grubhofer, Frisch, Maurer, Mittendorfer, Geisslinger u. G.,

betreffend Valorisierung der Beamtengehälter (136/A)

Neuwirth, Alois Gruber, Ebenbichler u. G., betreffend Abänderung des Bundesgesetzes vom 28. März 1947, BGBl. Nr. 97, über die Errichtung von Betriebsvertretungen (Betriebsrätegesetz) (137/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dipl.-Ing. Pius Fink, Dr. Gschnitzer, Lola Solar, Lakowitsch, Griebner, Seidl u. G. an die Bundesregierung, betreffend Mißbrauch mit Erklärungen an Eides Statt (566/J)

Hillegeist, Ferdinanda Flossmann, Marchner, Skritek, Holzfeind u. G. an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Milderung von Härten bei der Gewährung von Kinderbeihilfen (567/J)

Wilhelmine Moik, Marianne Pollak, Rosa Jochmann u. G. an die Bundesminister für Handel und Wiederaufbau und für Justiz, betreffend Einschreiten gegen Zoll- und Steuerbetrug (568/J)

Eibegger, Probst, Dr. Koref, Zechtl, Voithofer u. G. an den Bundeskanzler, betreffend Duldung monarchistischer Restaurationsbestrebungen gegen die Republik Österreich (569/J)

Ebenbichler, Hartleb u. G. an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, betreffend Enthebung von Kammer- bzw. Innungsfunktionären, gegen die ein Strafverfahren eingeleitet wurde (570/J)

Anfragebeantwortung

Eingelangt ist die Antwort

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abg. Ebenbichler u. G. (516/A. B. zu 554/J)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 10 Minuten

Präsident **Kunschak**: Die Sitzung ist eröffnet.

Das stenographische Protokoll der 99. Sitzung ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und daher genehmigt.

Krank gemeldet haben sich die Abg. Haunschmidt, Kapsreiter, Matt und Dr. Nemezc.

Entschuldigt haben sich die Abg. Dr. Josef Fink, Ing. Kortschak, Krippner, Prinke, Dr. Roth, Dr. Schöpf, Strommer, Stürgh, Thurner, Dr. Stüber, Dr. Herbert Kraus, Scharf, Gabriele Proft, Rosenberger und Paula Wallisch.

Die schriftliche Anfragebeantwortung 516 wurde dem anfragenden Mitglied des Hauses übermittelt.

Vom Herrn Bundeskanzler sind zwei Zuschriften eingelangt, in denen er von der Enthebung der Bundesregierung und ihrer Wiederbetrauung durch den Herrn Bundespräsidenten sowie von der Zusammensetzung der neuen Bundesregierung Mitteilung macht.

Mit Rücksicht darauf, daß sich die Bundesregierung bereits in der letzten Sitzung dem Hause vorgestellt und der Herr Bundeskanzler eine Regierungserklärung abgegeben hat, nehme ich von einer Verlesung der beiden inzwischen eingelangten Zuschriften Abstand.

3986 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

Ich bitte den Herrn Schriftführer um die Verlesung des weiteren Einlaufes.

Schriftführer **Grubhofer**: Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesgesetz über die Führung des Bundeshaushaltes vom 1. Jänner bis 31. Mai 1953 (666 d. B.);

Bundesgesetz, betreffend den Gewerbesteuerausgleich 1953 zwischen Wohngemeinden und Betriebsgemeinden (GewStAusglG. 1953) (667 d. B.).

Die beiden Vorlagen werden dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Präsident: Bevor ich in die Tagesordnung eingehe, stelle ich gemäß § 38 der Geschäftsordnung den Antrag, bezüglich des Ausschlußberichtes zu Punkt 2 der Tagesordnung, betreffend die vorzeitige Auflösung des Nationalrates, von der 24stündigen Auflegfrist Abstand zu nehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? (*Niemand meldet sich.*) Es ist nicht der Fall. Der Antrag ist somit angenommen.

Wir gehen daher in die Tagesordnung ein.

Der **1. Punkt** der Tagesordnung ist die **Debatte über die Regierungserklärung** vom 28. Oktober 1952.

Abg. **Ernst Fischer**: Meine Damen und Herren! Die Regierung Figl-Schärf ist zurückgetreten, um der Regierung Figl-Schärf Platz zu machen. Man erinnert sich dabei unwillkürlich eines bekannten Gedichtes von Heinrich Heine, in dem es heißt:

„Mein Fräulein, sind Sie munter,
Es ist ein altes Stück:
Da vorne geht sie unter,
Da hinten kommt sie zurück.“

Es ist tatsächlich so, daß diese Regierung durch die Vordertür hinausgegangen ist, um sich durch die Hintertür zum vierten Mal wieder hereinzuschleichen.

Man kann nicht sagen, daß diese Regierung Figl-Schärf sich in der Bevölkerung einer ungeheuren Beliebtheit erfreut. (*Zwischenrufe bei der Volkspartei.*) Als am Tage der Regierungskrise geflaggt wurde, waren sehr viele Leute der Meinung, das sei ein Zeichen der Freude über den Rücktritt der Regierung Figl-Schärf. Es hat sich dann herausgestellt: es war der Tag der Vereinten Nationen, der durch diese Fahnen gefeiert wurde.

Diese Regierung, unbeliebt bei der Bevölkerung, verachtet bei weiten Kreisen der Bevölkerung (*Abg. Frühwirth: Ihre Beliebtheit beträgt 5 Prozent!*), gleicht ein wenig einer ramponierten und etwas anrühlig gewordenen Dame. Sie hat sich einer Operation

unterzogen und präsentiert sich dem Parlament als eine politische Jungfrau. Nun, man kann sagen: Sie ist weder jünger noch schöner noch in irgendeiner Weise attraktiver geworden. (*Abg. Frühwirth: Bei einer Schönheitskonkurrenz könnten Sie auch nicht antreten!*) Es ist die alte, abgewirtschaftete Regierung, die das ganze Volk zur Genüge kennengelernt hat.

Meine Damen und Herren! Es wird mitunter rühmend hervorgehoben, es sei dies eine Regierung der Stabilität, es sei dies die stabilste Regierung in ganz Europa. Nun, man muß sagen, es ist die Stabilität eines Karpfenteiches. Es ist gar kein Zweifel, daß lebendig fließendes, sauberes, klares Wasser weniger stabil ist als der Sumpf, der ein weitaus größeres Beharrungsvermögen bekundet. (*Abg. Frühwirth: Da müßt ihr in der Volkdemokratie lauter Sumpfregerungen haben!*) Wir stellen fest, es ist die Stabilität der Lagune, die Stabilität des Sumpfes, die sich in dieser Regierung der Bevölkerung präsentiert. (*Abg. Machunze: Sie beleidigen den Gottwald!*)

Untersuchen wir nun, aus welchen wirklichen und aus welchen vorgetäuschten Ursachen es zu dieser seltsamsten aller Regierungskrisen gekommen ist. Es ist klar, für jeden Denkenden klar: Das Budget war in seinen wesentlichen Zügen längst fertiggestellt. Man kann nicht annehmen, daß anderenfalls der Herr Bundeskanzler und der Herr Vizekanzler ins Ausland gefahren wären. Es wäre doch ein Gipfelpunkt politischer Verantwortunglosigkeit, Österreich in dem Augenblick zu verlassen, in dem völlige Unklarheit, ja eine Krisenstimmung über das vorbereitete Budget besteht. Die beiden Regierungsoberhäupter sind also mit dem beruhigenden Gefühl weggefahren, daß alles ausgehandelt, daß alles in Ordnung ist. Und auf einmal ist es — mit großem Theaterdonner angekündigt — zu dem Ausbruch einer sogenannten Regierungskrise gekommen. Sowohl der Herr Bundeskanzler wie der Herr Vizekanzler wurden zurückgerufen.

Die erste Erklärung, die der Herr Vizekanzler Dr. Schärf über die Ursachen der Regierungskrise abgegeben hat, war eine der erstaunlichsten Erklärungen, die man jemals von einem Politiker zu hören bekam. Er sagte im wesentlichen: Bitte schön, man hat uns doch das Budget überhaupt nicht vorgelegt. Wir wußten gar nicht, was in diesem Budget steht. Im letzten Augenblick, knapp vor der Beschlußfassung, habe man dem Vizekanzler erst das Budget übergeben. Es sei natürlich unmöglich, mit solcher Unwissenheit über all das, was in dem Budget steht, in die Beratung einzutreten.

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952 3987

Nehmen wir einen Augenblick an, diese Begründung beruhe auf Richtigkeit. Dann muß man sagen: Was ist das für ein Vizekanzler, was sind das für Politiker, für Minister einer starken Partei, die in der Regierung wochenlang nicht einmal imstande sind, den Inhalt eines vorbereiteten Budgets zu erfahren? Ja, wenn der Herr Vizekanzler nicht einmal dazu imstande ist, wenn die sozialistischen Minister nicht einmal fähig sind, das innerhalb der Koalition zu erreichen, dann wird jeder sozialistische Arbeiter fragen: Wozu sitzen diese Minister überhaupt in der Koalitionsregierung?

Es ist natürlich nicht anzunehmen, daß diese wahrhaft naive Begründung eine richtige Begründung ist, denn wäre es wahr, daß das Budget nicht vorlag, wäre es wahr, daß die sozialistischen Minister nicht wußten, was in dem Budget steht — ja worüber hat man dann eigentlich die ganzen Wochen verhandelt, die ganzen Wochen beraten? Man kann doch nur über etwas verhandeln und beraten, dessen Inhalt man kennt. Wie konnte es denn sein, daß die „Arbeiter-Zeitung“ und daß sozialistische Zeitungen sehr großspurig von dem Klassenkampf gesprochen haben, der jetzt innerhalb der Regierung geführt werde, wenn dieselben Minister erklären, sie wußten gar nicht, worüber eigentlich Klassenkampf geführt wurde, weil sie den Inhalt dieses Budgets erst im letzten Augenblick kennenlernten! Nun, meine Damen und Herren, die ganze Frivolität, mit der hier der Öffentlichkeit ein großer Kampf vorgetäuscht wurde, geht schon aus diesen Erklärungen der prominenten sozialistischen Politiker hervor.

Nun weiter. Dieses Budget ist ein enormes Budget von ungefähr 20 Milliarden Schilling, und ich habe schon einmal darauf hingewiesen, welche Absurdität es ist, daß die eine Regierungspartei, die Sozialistische Partei, sagt: Diese 20 Milliarden, das ist ein Hungerbudget; aber um ein paar hundert Millionen mehr, um zwei Prozent — später sprach man von einem Prozent — mehr, und dieses Budget verwandelt sich in ein Budget der sozialen Wohlfahrt, in ein Budget der Vollbeschäftigung, in ein Budget eines sozialen Staates. Das alles mit einem Prozent Unterschied!

Und welche Lächerlichkeit, wenn auf der anderen Seite von der anderen Regierungspartei gesagt wird: 20 Milliarden, das ist ein ausgeglichenes Budget, das ist ein Budget der Sparsamkeit, das ist ein Budget der Solidität; aber ein Prozent mehr, und die Katastrophe bricht über Österreich herein, ein Prozent mehr, und wir haben in Österreich unaufhaltsam die Inflation.

Meine Damen und Herren! Die nüchterne Betrachtung dieser lächerlichen Argumentation zeigt, daß es hier offenkundig nicht um diese Dinge gegangen ist. Man hätte sonst den Eindruck, es stehen zwei Leute am Rande eines stürmischen Meeres, die Wogen schlagen hoch — und man kann nicht sagen, daß dieses Budget der 20 Milliarden ein sehr beruhigendes Budget ist —, und der eine würde sagen: Schütten wir noch ein Schaffel Wasser in das Meer, dann wird sich alles beruhigen, dann werden sich die Wogen glätten; und der andere sagt: Nein, wenn wir noch ein Schaffel hineinschütten, dann haben wir eine Überschwemmung, dann brechen alle Dämme, dann haben wir eine sintflutähnliche Katastrophe.

Ich wiederhole, meine Damen und Herren: Das der österreichischen Bevölkerung, die eine intelligente Bevölkerung ist (*Abg. Dr. Pittermann: Ihr habt ja auch nur 5 Prozent! — Heiterkeit*), einreden zu wollen, ist wirklich ein Gipfelpunkt der Leichtfertigkeit, ein Gipfelpunkt der Frivolität.

In diesem vorgetäuschten homerischen Kampf haben die Politiker beider Regierungsparteien allerdings — offenkundig zur Beruhigung der Bevölkerung — eines mitgeteilt: Seid ganz unbesorgt, wie dieser Streit auch weitergeht, was immer aus diesem Streit herauskommt, die Koalition bleibt euch erhalten! Habt gar keine Unruhe, daß etwas passiert, ob der Streit so oder so ausgeht, ob ein Prozent mehr oder weniger, keine Beunruhigung, die Regierung Figl-Schärf wird wiederkehren! Der Sumpf rührt sich nicht, der Karpfenteich bleibt in seiner alten Art erhalten. Diese beruhigende Erklärung haben die Regierungspolitiker beider Parteien der Öffentlichkeit gegeben.

Nun einige Worte über den VdU in diesem Zusammenhang. (*Abg. Hartleb: Aha! — Heiterkeit.*) Der VdU liebt es, sich als Opposition zu präsentieren. Er hat jetzt einige Umänderungen und Umschichtungen in seinem Führerstab, in seiner inneren Struktur erfahren. Offenkundig ist das Bestreben, auf irgendeine Weise in die Koalition aufgenommen zu werden, so groß, daß man bereit ist, da alle möglichen personellen Umgruppierungen vorzunehmen. (*Abg. Neuwirth: Wir können es nimmer erwarten!*) Ihr könnt es offenbar nimmer erwarten; diesen Eindruck hat man mitunter. Nun, es kommt einem so vor, als wenn ein Bauernbursch zu einer reichen Bäuerin fensterln geht, und aus bestimmten Gründen erklärt die Bäuerin: Vorläufig lasse ich dich ins Kabinett nicht herein!, worauf der Bauernbursch entrüstet sagt: Ich stehe solange in Opposition zu der Bäuerin, bis sie mich

3988 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

hineinläßt, solange, bis ich in das Kabinett kommen kann. (*Abg. Horn: Herr Fischer, Sie haben Erfahrungen im Fensterln!*) Diesen Eindruck erweckt diese scheinbare Opposition von seiten des VdU. (*Abg. Weikhart: Das war beim Kristofics-Binder, das ist dem Fischer passiert! — Heiterkeit.*)

Es ist gar kein Zweifel, daß hinter diesen lächerlichen Kulissen, hinter diesem vorgetäuschten Sturm im Wasserglas natürlich ernstere Ursachen stehen, daß natürlich diese ganze scheinbare Regierungskrise einen dunkleren, einen tieferen Hintergrund hat. Es ist kein Zufall, daß es plötzlich zu diesen Unstimmigkeiten kam, es ist kein Zufall, daß die Regierungsparteien den Wunsch bekundeten, sich Hals über Kopf in Neuwahlen zu stürzen. Das hängt unzweifelhaft zusammen mit der tiefen Krise des ganzen Marshall-Systems nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa. (*Abg. Weikhart: Jetzt sind wir wieder daheim bei der alten Platte! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Wenn man heute nachblättert, was da in den Zeitungen der Koalitionsparteien bei Beginn der Marshall-Hilfe geschrieben wurde, dann möchte man gerne diese Artikel vor aller Öffentlichkeit plakatieren. Es wurde damals in Regierungserklärungen, in Reden, in Artikeln gesagt: Marshall-Hilfe, das ist gesicherte Vollbeschäftigung für Jahrzehnte; Marshall-Hilfe, das ist die Beseitigung jeglicher Wirtschaftskrise in Europa; Marshall-Hilfe, das wird zum Ergebnis haben, daß in wenigen Jahren die europäischen Staaten auf eigenen Füßen stehen.

Nun, meine Damen und Herren, wenn man heute in Europa Umschau hält, muß man feststellen, daß die Ergebnisse dieser Marshall-Hilfe wesentlich anders aussehen. Von Vollbeschäftigung in den Ländern des Kontinentes, die dem Marshall-Block angehören, ist keine Rede mehr. Wir haben die Massenarbeitslosigkeit in Italien, die Arbeitslosigkeit in Frankreich, wir haben nahezu zwei Millionen Arbeitslose in Westdeutschland, und wir haben auch in Österreich die mehr und mehr um sich greifende Arbeitslosigkeit. Die Illusion der Vollbeschäftigung, die Lüge, daß der Marshallplan die Vollbeschäftigung auf Jahrzehnte sichern werde, ist also zusammengebrochen.

Wir sehen im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch all dieser Illusionen, mit der Tatsache, daß Österreich an den Rand einer schweren Wirtschaftskrise gekommen ist, wir sehen damit im Zusammenhang die wachsende Enttäuschung, die zunehmende Erbitterung der breitesten Kreise des österreichischen Volkes.

Es ist tatsächlich so, daß es der Politik dieser unfähigen Regierung gelungen ist, in allen Schichten des Volkes Not, Sorge und Beunruhigung hervorzurufen. Die Massen der Arbeiter müssen feststellen, daß ihr Arbeitsplatz immer weniger gesichert ist, daß die Arbeitslosigkeit immer weiter um sich greift, daß wir vor dem Ausbruch einer ernstesten Wirtschaftskrise stehen. Die Arbeiter und Angestellten, die Lohn- und Gehaltsempfänger müssen weiter feststellen, daß Österreich mehr produziert als jemals in der Vergangenheit, mehr produziert als in der Vorkriegszeit und auf der anderen Seite gegenüber dieser hohen Produktion die Löhne und Gehälter niemals so gering waren wie jetzt. Es ist dies ein Abgrund zwischen der Steigerung der Produktion und der Senkung der Reallöhne und der Realgehälter, der den breitesten Massen der Arbeiter und Angestellten immer weniger verständlich ist. (*Abg. Weikhart: Auch in den USA-Betrieben!*) Davon werde ich noch sprechen.

Es ist weiter festzustellen, daß die Verteilung des Nationaleinkommens sich wesentlich zuungunsten der Lohn- und Gehaltsempfänger geändert hat. Während im Jahre 1937 die Gesamtsumme der in Österreich ausbezahlten Löhne und Gehälter höher war als die Gesamtsumme der Gewinne der Unternehmungen, hat sich jetzt das Verhältnis umgekehrt. Die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter ist, obwohl mehr Arbeiter als im Jahre 1937 beschäftigt sind, geringer geworden als die Gesamtsumme der Gewinne in Österreich. Das geht aus der offiziellen Statistik hervor, und das zeigt, daß tatsächlich die Ausbeutung des arbeitenden Menschen zugenommen hat, daß wir einer verschärften Ausbeutung des arbeitenden Menschen in diesem angeblich sozialsten Staat der Welt gegenüberstehen.

Aber nicht nur die Notlage der Arbeiter und Angestellten, vor allem die der Arbeitslosen, ist beunruhigend angewachsen; wenn wir zu den anderen Schichten der Bevölkerung hinhorchen, hören wir ähnliche, durchaus berechtigte Klagen. Es ist heute so, daß breite Schichten der kleinen Bauern, zum Teil auch der mittleren Bauern, beginnen, sich in Schulden zu stürzen, daß die scheinbare, vorübergehende Konjunktur für die Bauern zu Ende ist, daß die Bauern über zuwenig Bargeld verfügen, daß sie unter der Last der Steuern zusammenbrechen. Und hören Sie einmal, was die Massen der Bauern im Westen und im Osten Österreichs über die Politik dieser Regierung und vor allem über die Politik der ÖVP den Massen der kleinen und mittleren Bauern gegenüber sagen.

Weiter, meine Damen und Herren: Es ist kein Geheimnis, daß das österreichische Ge-

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952 3989

werbe einer ungeheuer schwierigen Situation gegenübersteht, daß der Gewerbetreibende vor dem Ruin zittert, daß mehr und mehr Gewerbetreibende genötigt sind, zuzusperren und in das Proletariat hinabzutauchen, daß ein Massensterben innerhalb des Kleingewerbes, der Handwerker, der Gewerbetreibenden in Österreich eingesetzt hat, dank einer widersinnigen, dank einer unsozialen Politik, die von dieser Regierung in Österreich getrieben wird.

Oder soll man von der geradezu aufrüttelnden Not sprechen, in der sich die Massen der österreichischen Intellektuellen befinden? Es ist eine Schande und Schmach für die beiden Regierungsparteien, wie in Österreich geistig arbeitende Menschen, wie in Österreich Gelehrte, Künstler und Schriftsteller behandelt werden. In keinem Lande Europas stehen diese Schichten des Volkes so sehr der Verzweiflung gegenüber wie in Österreich, nicht nur materiell in einer unerträglichen Situation, sondern auch durchdrungen von dem berechtigten Gefühl, daß diese Regierungskoalition nichts für den Geist, nichts für die Wissenschaft und die Kunst übrig hat, daß sie den Intellektuellen in Österreich geradezu mit Verachtung gegenübersteht.

Muß man darauf hinweisen, daß es in ganz Europa nur ein einziges Land mit einem noch kleineren Kulturbudget gibt, als wir es in Österreich haben? Das ist das faschistische Griechenland. Nach Griechenland ist Österreich das Land mit dem geringsten Kulturbudget von allen europäischen Ländern. Muß man darauf hinweisen, daß die Hochschulprofessoren und die Studenten, die Ärzte und die Juristen, die Schriftsteller und Schauspieler mehr und mehr einzusehen beginnen, daß es notwendig ist, sich zum Kampf gegen diese Regierungspolitik zusammenzuschließen? Es ist doch kein Zufall, daß wir an einem Tag eine Streikdemonstration von Jungärzten, am anderen von Rechtspraktikanten, daß wir dann angekündigte Demonstrationen aller Intellektuellen haben, daß wir den einhelligen und einmütigen Streik der Studenten hatten und daß jetzt die Hochschulprofessoren mit ihren berechtigten Forderungen an den Staat herantreten. Und es ist wirklich eine Ungeheuerlichkeit, es ist eine Verachtung gegenüber all diesen Intellektuellen, daß von den regierenden Parteien in diesem Hause in allen Reden zur Zeit der Budgetdebatte immer wieder beklagt wird, wie schlecht es diesen Intellektuellen geht, aber nichts dagegen unternommen wird. Reden Sie weniger, schwätzen Sie weniger über die Not der Kultur in Österreich! Bringen Sie gemeinsam die notwendigen Anträge ein, und es ist gar kein Zweifel, daß jeder Antrag zugunsten irgend-

einer Schichte der Intellektuellen von der Gesamtheit dieses Hauses angenommen wird, weil die Frage der Intelligenz, die Frage der Wissenschaft nicht die Frage einer Partei oder einer Richtung, nicht die Frage dieser oder jener österreichischen Regierung ist, sondern eine Lebensfrage für die Existenz, für die Substanz eines Volkes, das ein Kulturvolk sein will.

Und weiter, meine Damen und Herren: Ist es notwendig, von dem beispiellosen Elend der Sozialrentner in Österreich, der Pensionisten, der Kriegsoffer zu sprechen, für die man wirklich nur einen Bettel übrig hat? Ich nehme an, daß viele von Ihnen, welcher Partei immer Sie angehören, Gelegenheit hatten, das Dahinwelken, das hoffnungslose Dahinsterben solcher alter Menschen in Österreich zu sehen, für die weniger geschieht als das Minimum, das für die Existenz eines alten Menschen notwendig ist. Und so fürchterlich ist die Not der Alten in Österreich, die Verzweiflung, in die sie hineingetrieben wurden, daß man das Gefühl hat: Das ist wie welches Laub — der erste Wind der Krise weht sie dahin, weht sie in den Tod, in das Nichts hinein.

Aber ebenso erschütternd ist die Notlage der Jugend, der jungen Generation in Österreich. Zehntausende Jungarbeiter finden keine Lehrstellen, keinen Arbeitsplatz, stehen von Anfang an der für einen jungen Menschen entsetzlichen Situation gegenüber, nicht zu sehen, wohin der Weg führt. Man billigt ihm nicht zu, zu lernen, man billigt ihm nicht zu, zu arbeiten, man billigt ihm nicht zu, ein tätiger Mensch in der menschlichen Gesellschaft zu werden.

Es ist kein Zufall, daß in den Massen der jungen Generation, nicht nur der Jungarbeiter, sondern ebenso der jungen Intellektuellen, ein Gefühl der Verzweiflung an Österreich überhandnimmt, daß in breitesten Schichten der jungen Generation ein Gefühl überhandnimmt: Das also ist die Existenz, die man uns zu bieten hat; das also ist die Demokratie, die man uns versprochen hat. Dieses impotente Regime, dieses leistungsunfähige Regime soll unsere Zukunft garantieren?

Übersehen wir nicht — und auch das ist weit mehr als eine politische Frage —: Wenn die Jugend eines Landes aufhört, an die Zukunft dieses Landes zu glauben, wenn die Jugend eines Landes keinen Weg mehr sieht, dann steht es zum Verzweifeln um die Entwicklung eines solchen Staatswesens. Es ist doch kein Zufall, daß mehr und mehr junge Menschen — und ich glaube, das erleben Mitglieder aller Parteien — zu Abgeordneten, zu Menschen kommen, denen sie irgendeinen

3990 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

Einfluß zutrauen, und sie bitten: Könnt ihr uns nicht helfen, irgendwie wegzukommen von Österreich, irgendwo im Westen, im Süden, im Norden und Osten (*Rufe: Im Osten nicht! — Vom Osten wollen sie weg!*) eine Stellung zu finden, um leben und existieren zu können? Denn, meine Damen und Herren, Ihre Politik ist eine Politik der Feindschaft gegen die junge Generation. (*Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Es ist eine Politik des Klebens am Alten, am Vergangenen. Sie sind nicht fähig, nicht imstande, der jungen Generation den Mut, den Glauben und den Enthusiasmus zu geben, der notwendig ist, um alle Kräfte anzuspannen, um aus diesem Elend herauszukommen. (*Abg. Cerny: Fragen Sie die Jugend in der Tschechoslowakei um ihren Enthusiasmus!*)

Es ist angesichts dieser Not aller Schichten des österreichischen Volkes noch hinzuzufügen, daß es auch sogar schon Kreise des Bürgertums gibt, die beunruhigt dieser Politik gegenüberstehen, weil sie zu spüren beginnen, daß bei der Drosselung des Handels, der Drosselung der Wirtschaft, der einseitigen Entwicklung der Wirtschaft, die sich hier vollzieht, auch mehr und mehr österreichische Unternehmer in eine schwierige, in eine gefährvolle Lage hineingeraten. Das ist das Ergebnis eurer Politik! Alle Versprechungen, die bei den letzten Wahlen gemacht wurden, alle diese Versprechungen wurden gebrochen. Nicht ein einziges dieser Versprechen haben die beiden Regierungsparteien eingehalten.

Und es ist mehr und mehr für alle denkenden Menschen klar: Mit einer solchen Regierung der Unfähigkeit, mit einer solchen Regierung ist es nicht möglich, Österreich aus dem Elend herauszuführen; mit einer solchen Regierung ist es nicht möglich, der drohenden Wirtschaftskatastrophe vorzubeugen und Österreich die Lebenskraft zu geben, um in dem schweren Wirtschaftskampf zu bestehen, der dem ganzen Land bevorsteht. Mit Ihren Methoden, mit Ihren Maßnahmen, mit Ihrer einseitigen und unsinnigen Politik wird sich in Österreich keine Wendung zum Besseren vollziehen. (*Abg. Weikhart: Die KPÖ bleibt 5 Prozent!*) Das werden wir sehen! (*Abg. Widmayer: Sie wird weniger!*)

Wenn man konkret die Ergebnisse dieser verachtenswerten Regierung überblickt, ist es der Regierung nicht gelungen — darüber habe ich vor zwei Tagen ausführlich gesprochen —, Österreich auch nur um einen Schritt dem Staatsvertrag näherzubringen. (*Abg. Helmer: Weil ihr es verhindert habt!*) Ich wiederhole hier: Eine Regierung beurteilt man nicht nach ihren Phrasen, nach ihren Deklarationen, eine Regierung beurteilt man nach dem Ergebnis ihrer Politik. Nur die

Ergebnisse einer Politik sind entscheidend für die Beurteilung von Politikern. (*Zwischenrufe des Abg. Altenburger.*) Wenn Sie sagen, Sie hätten gerne, Sie möchten gerne, Sie wünschten gerne — ja dazu braucht das Volk keine Regierung; das Volk selbst hätte gerne, möchte gerne, wünschte gerne. Wenn die Regierung nichts anderes kann, als in diese Wünsche einzustimmen — wozu dann Politiker, wozu dann Regierende? Klagen kann das Volk selber, sich beunruhigen über den Zustand kann das Volk selber. Eine Regierung hat man doch offenkundig nicht zu dem Zweck, Gehälter einzustecken, sondern um das zu erreichen, was das Volk wünscht.

Ich wiederhole also: In der Politik kann man nur nach Realitäten und nicht nach irgendwelchen Versprechungen urteilen. Die Realität, die Tatsache ist, daß diese österreichische Regierung, die den Staatsvertrag als das Hauptziel, als den Inbegriff ihrer Politik bezeichnete, nicht imstande war, Österreich auch nur um einen Schritt dem Staatsvertrag, dem Abzug der Besatzungstruppen, dem Ende des Besatzungsregimes näherzubringen. Das ist das nüchterne Ergebnis der Unfähigkeit dieser Regierung, die es liebt, sich ständig auf andere auszureden, wie es die Schulbuben gewöhnt sind, und nicht zu überprüfen, ob sie nicht vielleicht doch selber Fehler gemacht, ob sie nicht vielleicht doch eine falsche Linie der Politik eingeschlagen hat. (*Zwischenruf des Abg. Altenburger.*)

Es ist charakteristisch für diese österreichische Regierung, für diese Regierung Figl-Schärf, daß sie mit vollkommener Rückgratlosigkeit äußeren Einflüssen gegenübersteht. (*Anhaltende Zwischenrufe des Abg. Altenburger.*) Wenn man heute aus Europa, aus dieser Provinz hinausblickt, dann sieht man, wie überall nicht nur die Völker, sondern auch einflußreiche, führende Politiker beginnen, sich gegen das amerikanische Diktat aufzulehnen. Wir sehen in Frankreich nicht nur die nationale, die würdevolle Auflehnung des Volkes, sondern auch die Auflehnung von Regierungspolitikern gegen die unerträgliche Vormundschaft, die Amerika über Frankreich auszuüben versucht. Und diese Entwicklung in Frankreich hat stürmische Formen angenommen; das zeigt die Erklärung Herriots, die Erklärung Daladiers, die Erklärung des Sozialisten Jules Moch, die Erklärung des sozialistischen Parteisekretärs Guy Mollet, die Erklärung von Universitätsprofessoren, Schriftstellern und Politikern. Wir sehen einen ebensolchen zunehmenden nationalen würdevollen Widerstand gegen diese Einengung und Einzwängung in das amerikanische Diktat auch

in Italien. Es ist kein Zufall, daß massenhaft italienische Regierungsabgeordnete, namhafte Mitglieder der De Gasperi-Partei an dem Völkerkongreß in Wien teilnehmen werden, um gegen die einseitige Orientierung der italienischen Regierungspolitik zu demonstrieren. (*Abg. Cerny: Wenn sie euch kennen, gehen sie heim!*) Oder blicken wir nach England, blicken wir nach Westdeutschland, wo sich die Labour Party und die deutsche Sozialdemokratie gegen diese amerikanischen Pläne ausgesprochen haben und deswegen von der nicht so einflußreichen und nicht so machtvollen österreichischen Sozialistischen Partei kritisiert werden. Nehmen Sie eine andere Tatsache dieses wachsenden Widerstandes: Der Herr Außenminister hat vor zwei Tagen hier über Brasilien gesprochen und Brasilien als Beispiel für demokratisches Verhalten hingestellt; ich möchte ihm auf diesem Weg folgen. In Brasilien hat sich eine Kommission aus Abgeordneten aller Parteien, also der Regierungsparteien und der Oppositionsparteien, gebildet — sämtliche Parteien sind in der Kommission vertreten —, um den in Wien stattfindenden Völkerkongreß zu unterstützen.

Wir sehen also in allen Ländern außerhalb Österreichs einen wachsenden Widerstand gegen die Gleichschaltung mit dem amerikanischen Imperialismus, wir sehen eine wachsende nationale Empörung, ein europäisches Bewußtsein, etwas ganz anderes, als jene meinen, die hier versuchen, ein Kleineauropana, ein einseitig orientiertes Europa am Gängelband der Amerikaner zusammenzuflicken.

Meine Damen und Herren! Von all diesem Sich-Aufrichten, von all diesem beginnenden Widerstand ist bei den österreichischen Regierungspolitikern nichts zu merken. (*Zwischenrufe.*) Sie nehmen jeden Befehl aus Amerika entgegen, Sie wagen nicht, aufzumucken gegen das, was Ihnen zugemutet wird. Und wenn jemals das Wort Satelliten eine Berechtigung gehabt hat (*anhaltende Zwischenrufe — der Präsident gibt das Glockenzeichen*), dann sind diese Regierungspolitiker Satelliten des amerikanischen Kapitals. (*Abg. Altenburger: Sie Schattenpflanze des Kommunismus!*)

Meine Damen und Herren! Wir müssen feststellen und wir haben es schon festgestellt, daß diese Koalitionsregierung nichts unternimmt, um an einer Verständigung der Großmächte mitzuwirken, daß sie nichts unternimmt, um die weltpolitische Atmosphäre zu entgiften und diesem großen, für Österreich besonders notwendigen Plan der Verständigung der Großmächte zu dienen. Wir sehen die einseitige Einschaltung der österreichischen

Regierungspolitik in den Kalten Krieg auf seiten der Vereinigten Staaten von Amerika.

Manchmal bekommen wir zu hören: Na, was wollt ihr eigentlich, was kann schon dieses kleine, dieses arme Österreich tun, um irgend etwas zu einer friedlichen Lösung der Konflikte beizutragen?

Diese Erklärungen, diese Hinweise auf die eigene Schwäche und Kleinheit stehen in schroffem Widerspruch zu den sehr prahlerischen Erklärungen, die der Herr Bundeskanzler sehr häufig abzugeben liebt. Der Herr Bundeskanzler hat wiederholt erklärt: Wer Wien hat, wer Österreich hat, der hat Europa, und wer Europa hat, der hat die Welt! Es wird also so dargestellt, als ob Wien, als ob Österreich die Drehscheibe der internationalen Politik wäre. Nun, das sind zweifellos lächerliche Übertreibungen. Aber wenn man auf der einen Seite mit solchem Pathos derartige Anschauungen bekundet, dann kann man sich auf der anderen Seite nicht damit ausreden, Österreich sei so arm, so klein, so unbedeutend, daß es nichts zu einer weltpolitischen Verständigung beizutragen vermöge.

Meine Damen und Herren! Das Volk, alle Schichten des Volkes stellen mehr und mehr fest, daß es mit der vielgepriesenen Demokratie in Österreich nicht allzu gut bestellt ist. Was wir in Wirklichkeit haben — und das spüren die Massen des Volkes —, ist ein halb autoritäres Regime mit einer parlamentarischen Fassade. Nicht nur von uns, den Sprechern der Opposition allein, wurde wiederholt bemängelt, daß das Parlament bei Entscheidungen ausgeschaltet wird, bei denen es um Lebensfragen des österreichischen Volkes geht, und daß solche Entscheidungen zwischen ganz wenigen Männern ausgehandelt werden. Nicht einmal die Abgeordneten der Regierungsparteien wissen vorher, was da ausgehandelt wird. Es ist ja häufig so, daß nicht einmal die Abgeordneten der Regierungsparteien wissen, welcher Sache sie nachträglich ihre Zustimmung geben. (*Abg. Altenburger: Hauptsache, die Wasagasse weiß es!*) Diese Ausschaltung des Parlaments hat unter anderem auch der verehrungswürdige Präsident dieses Parlamentes, der alte Demokrat Kunschak, festgestellt. Es ist also nicht nur eine Feststellung der Opposition, die ich hier vorbringe, daß immer wieder der Versuch gemacht wird, hinter dem Rücken des Parlamentes, hinter dem Rücken der gewählten Abgeordneten weittragende Entscheidungen über Österreich zu fällen.

Damit im Zusammenhang stehen die durchaus nicht demokratischen Einschränkungen der Pressefreiheit in Österreich, die will-

3992 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

kürlichen Konfiskationen, die immer wieder vorgenommen werden. Nicht ohne Grund haben sich die Regierungsparteien geweigert, in das neue Pressegesetz einen Paragraphen hinzuzunehmen, der den Staat, die Behörden verpflichtet, bei einer widerrechtlichen Konfiskation Schadenersatz zu leisten. Dies wurde mit voller, mit antidemokratischer Absicht aus dem Pressegesetz eliminiert.

Es ist weiter festzustellen — vor allem in der letzten Zeit —, daß in den Reihen der Regierungsparteien eine wachsende Tendenz besteht, alle möglichen militaristischen und halbfaschistischen Dinge in Österreich, alle möglichen Soldatentreffen, Bekundungen der Einheit mit der alten Hitler-Armee und so fort, wohlwollend zu unterstützen. Ich möchte nur auf die letzte, für unsere stärkste Regierungspartei recht blamable Tatsache hinweisen, daß man in Graz unter dem Protektorat des Herrn Präsidenten Gorbach den Vortrag eines Fliegermajors Rall angekündigt hat, den man der Öffentlichkeit als den Träger der höchsten Auszeichnung, des Ritterkreuzes mit Brillanten, vorstellte. Von anderen Fliegern wurde aber dann festgestellt, daß das alles ein Schwindel ist und daß dieser Fliegermajor über diese Auszeichnungen gar nicht verfügt. Darauf ist die sozialistische Zeitung in Graz der ÖVP zu Hilfe gekommen, und schließlich war das Ergebnis, daß sich zwar die geladenen Gäste versammelt hatten, aber der Herr Major Rall ist nicht gekommen. Er hat es vorgezogen, im letzten Augenblick zu verduften, während die Regierungsparteien bereit waren, einen offenkundigen Scharlatan, einen offenkundigen Abenteurer nur darum zu fördern und ihm ihr Protektorat angedeihen zu lassen, weil sie hofften, hier werde der alte Frontgeist, der alte Geist der Hitler-Armee, wieder gepflegt werden.

Ich verweise darauf, daß unter dem Protektorat der Landeshauptleute der Steiermark von der Volkspartei und der Sozialistischen Partei ein Treffen in Obersteiermark stattfinden sollte, zu dem der General Rendulić, der Schlächter österreichischer Soldaten, eingeladen war, und erst im letzten Moment ist der Landeshauptmann-Stellvertreter Machold etwas davon abgerückt, weil sich die Empörung der Arbeiterschaft, auch die Empörung der sozialistischen Arbeiterschaft, gegen diese Veranstaltung gewendet hat. Ich erinnere an das letzte Soldatentreffen in Salzburg, von dem ich schon gesprochen habe und an dem westdeutsche Hitler-Offiziere teilgenommen haben, um dort die Traditionen des alten Frontgeistes zu pflegen.

Es ist kein Geheimnis, daß die Regierungsparteien mit allen Mitteln versuchen, einen wachsenden Gesinnungsdruck auf Menschen

anderer Anschauungen auszuüben, vor allem auf Intellektuelle, auf Staatsangestellte, die sich in irgendeiner Abhängigkeit von den Regierungsparteien befinden. Es muß nur einer erklären, daß er für den Frieden ist, und schon setzt dieser ganze antidemokratische Druck der Erpressung von seiten der Regierungsparteien, von seiten der Regierungsstellen ein. Wir werden einmal eine Sammlung aller dieser niederträchtigen Erpressungen anlegen (*Abg. Weikhart: In der USIA!*), die hier in allen Formen und mit allen Methoden durch Sie, durch Ihre Partei und durch die Österreichische Volkspartei, begangen werden.

Meine Damen und Herren! Mit dieser sehr brüchigen, nicht sehr anziehenden Demokratie in Österreich aufs engste verbunden ist die Frage der Korruption in diesem Regierungssystem. Die Korruption in diesem Regierungssystem ist nicht eine zufällige Erscheinung, sie gehört zu dieser Regierung, wie die Flecken zum Scharlach gehören, sie ist nur das Symptom der schweren Krankheit, der schweren Zersetzung und Unmoral, in der unsere Regierung ihre Politik durchführt. Wir müssen dabei auf eine sehr bemerkenswerte Tatsache hinweisen: Eine Zeitlang sind beide Parteien vor aller Öffentlichkeit gegeneinander ausgezogen, jede sich als Siegfried gebärdend, der den Drachen der Korruption bei der anderen Partei erlegen werde. (*Zwischenruf des Abg. Altenburger.*) So hat die Sozialistische Partei eine Offensive gegen die Bankkorruption in der Österreichischen Volkspartei gestartet. Einige Zipfel dieser Bankkorruption wurden gelüftet, dann allerdings kam es zu Dingen, die der Sozialistischen Partei sehr unangenehm waren: Ihre eigenen Bankdirektoren sind aus der Kampffront der Sozialistischen Partei ausgesprungen. Und dann kam es zum Gegenschlag, es wurde aufgedeckt, daß in der Sozialistischen Partei die Korruption genau so blüht wie in der Österreichischen Volkspartei. Es kam zur Aufdeckung des Skandals in der Steyrermühl, und ich kann Ihnen versichern: Jeder Unbefangene, der diese Berichte gelesen hat, macht sich ein klares Bild über die Korruption, die es dort gegeben hat. Wenn es schließlich dazu kam, daß — ich wiederhole es — der letzte Sozialist der alten Garde deshalb vor ein Parteigericht gestellt werden sollte, weil er vor dem öffentlichen Gericht die Wahrheit sagte, dann sieht man, wie hier Korruption und antidemokratische Methoden aufs engste zusammenhängen. (*Abg. Weikhart: Sie Demagog Sie, Sie erbärmliche Kreatur, Sie haben es notwendig!*) Als es nun so weit war, daß die Bevölkerung sah, alle beide stinken, alle beide sind korrupt, beide Regierungsparteien sind in den Sumpf der Korruption

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952 3993

ingesunken, wurde offenbar einvernehmlich von beiden Seiten das Feuer eingestellt. Auf einmal gab es keine Vorwürfe mehr, weder auf der einen noch auf der anderen Seite, über die Korruption in der anderen Regierungspartei, weil beiden Regierungsparteien klar ist: Wenn dieser Kampf weitergeht, wenn mehr und mehr von der Korruption aufgedeckt wird, dann würde sich das ganze Volk angeekelt und schaudernd von diesem Regierungssystem abwenden.

Schließlich, meine Damen und Herren, gehört es zu diesen undemokratischen, antidemokratischen Methoden — und das ist allgemein bekannt —, daß in Österreich bei der Besetzung von Posten nicht die Kenntnis, nicht das Wissen, nicht die Fähigkeit entscheiden, sondern einzig und allein das Parteimitgliedsbuch. (*Abg. Dr. Pittermann: Hartleb, ist der von euch? Der stiehlt die Argumente!*) Will man irgend etwas vom Staat, dann tut man gut, der Österreichischen Volkspartei beizutreten. Will man etwas in der Gemeinde Wien, dann tut man gut, der Sozialistischen Partei beizutreten. Diese Proporzgemeinschaft wendet sich nicht etwa gegen uns Kommunisten, sie wendet sich gegen alle Parteilosen, gegen alle, die keine Beziehungen, keine Protektion haben, mögen sie noch so fähig sein. (*Abg. Weikhart: Das erleben wir täglich bei der USIA!*)

Ja noch mehr — ich möchte es offen aussprechen —, es hat den Anschein, als habe diese Regierung eine tödliche Angst vor jeder wirklichen Begabung, vor jeder großen Fähigkeit in Österreich. Dies aus einem sehr wohl zu verstehenden Grunde: Fähige, begabte Menschen pflegen selbständig zu sein, sie pflegen nicht Mamelucken zu sein, die sich jeden Parteiauftrag gefallen lassen, aber die Regierungsparteien möchten mittelmäßige, graue, nichts könnende Menschen, die bereit sind, auf jeden Hauch aus einer Parteizentrale hin zusammenzuzucken. (*Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Es ist hier tatsächlich so, daß eine Offensive gegen die Fähigkeit, die Begabung in Österreich vorstatten geht, mit dem Ergebnis zum Beispiel, daß Österreich perzentuell zwar die meisten Nobelpreisträger von allen Ländern Europas hatte, daß aber nicht ein einziger Nobelpreisträger nach Österreich zurückkehrt. Er wird sich hüten, in diese stickige Atmosphäre, in diesen Sumpf der Kleinlichkeit, des Provinzialismus, der Feindschaft gegen den Geist, zurückzukehren. (*Abg. Altenburger: Warum gehen Sie nicht? — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Ich bleibe da, weil ich euch sehr unangenehm bin (*Zwischenrufe*); ja, ich halte es für die schönste Bestätigung meiner Tätigkeit, daß Sie mich offenbar so gerne los-

werden möchten. (*Andauernde Zwischenrufe. — Abg. Weikhart: Sie retten damit Ihr Leben! Deswegen bleiben Sie da! — Abg. Horn: Draußen werden Sie gesäubert!*) Deshalb bleibe ich so gerne da, weil ich spüre (*Zwischenrufe*), wie mir hier der Unwille entgegenschlägt, weil ich spüre, daß es euch auf die Nerven geht, wenn man mit euch abrechnet, weil ich spüre, wie eure Nerven zu reißen beginnen, wie es plötzlich zu unbeherrschten Zwischenrufen kommt. (*Andauernde Zwischenrufe.*) Wir bleiben da, Sie können dessen versichert sein, weil wir die Absicht haben, euch noch viel unangenehmer zu werden als in der Vergangenheit. (*Abg. Weikhart: Und das sagt ein Feigling, der es bewiesen hat, wie feig er ist!*) Ja, Sie sind einer dieser Nervenbinkel, von denen ich gesprochen habe, Ihre Nerven zerreißen, wenn ich Ihnen nur in die Nähe komme. (*Andauernde Zwischenrufe. — Abg. Horn: Sie Feigling! — Abg. Weikhart: Sie singen Ihr Lied aus der sicheren Etappe! — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.*)

Meine Damen und Herren! Das Volk steht vor allem sehr schweren, sehr ernsten wirtschaftlichen Fragen gegenüber, und ich wiederhole, es ist kein Geheimnis, daß die Politik dieser Regierung Österreich an den Rand einer schweren Wirtschaftskrise, einer wirtschaftlichen Katastrophe gebracht hat. Die ganze Politik der Lohn-Preis-Pakte, in deren Zusammenhang man alles mögliche versprochen, alles mögliche vorgegaukelt hat, diese Politik der Lohn-Preis-Pakte hat dazu geführt, daß die Reallöhne und -gehälter geringer sind als in der Vergangenheit. Die Pakte haben nicht das gehalten, was sie großspurig angekündigt haben, sie haben nicht zu einer Sicherung der Vollbeschäftigung in Österreich, zu einer Sicherung der österreichischen Wirtschaft, sondern zur Wirtschaftskrise geführt.

Ich verweise ferner auf die groß angekündigte Preissenkungsaktion. Sie alle haben sich immer wieder darauf ausgedredet, die Preise zu senken, das sei das Wesen Ihrer Wirtschaftspolitik. Die ganze Bevölkerung ist Zeuge dafür, daß sich diese Preissenkung als ein Schwindel herausgestellt hat, daß das Leben in Österreich nicht billiger geworden ist, daß die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Menschen nicht besser, sondern schlechter ist als in der Vergangenheit.

Schließlich ist — und das wird ja auch von manchen Sprechern der Regierungsparteien ohne Konsequenzen hie und da gesagt — die Steuerlast, die auf dem österreichischen Volk liegt, in der Tat unerträglich. Es ist eine Steuerlast, die zur Abschnürung der wirtschaft-

3994 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

lichen Entwicklung, zu einem System der gebeugten Rücken in Österreich führt, die die Hände fesselt, die Hände bindet, die den Aufbau dieses Staates durchführen wollen. Ich spreche hier vor allem von der unsozialsten Steuer, von der Kriegslohnsteuer. Ich möchte darauf verweisen, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund seinerzeit einstimmig die Beseitigung dieser Kriegslohnsteuer mit den Stimmen der Sozialisten und mit den Stimmen der ÖVP gefordert hat. Jetzt fordern die Arbeiter, daß dieses Versprechen eingelöst, daß mit diesem Beschluß ernst gemacht werde. Und es ist tatsächlich so, daß diese verhaßteste Steuer zugleich die unsozialste und die ungerechteste aller Steuern ist.

Aber weiter, meine Damen und Herren! Die Hungerrenten, die die Rentner in Österreich beziehen, sind auf die Dauer auch unerträglich. Man hat jetzt in diesem Scheinkampf, bei dieser scheinbaren Regierungskrise sehr viel über diese Renten gesprochen. Niemand hat erklärt, daß es nötig sei, die Renten wenigstens bis zum Lebensminimum zu erhöhen. Das aber ist notwendig, wenn man nicht faktisch Mord an tausenden und zehntausenden Sozialrentenempfängern in Österreich begehen will.

Schließlich müssen wir feststellen, daß in einem Teil der Industrie der Abbau begonnen hat — angefangen beim Baugewerbe, hat er auf die Textilindustrie übergreifen —, daß heute sehr viele Unternehmungen sehr großen Schwierigkeiten gegenüberstehen und daß es gar nicht verheimlicht wird, daß ein großer Abbau von Arbeitskräften in Österreich bevorsteht.

Nun, womit hängen diese unerträglichen wirtschaftlichen Verhältnisse zusammen? Von seiten der Regierungsparteien wurde vor einiger Zeit erklärt, es sei notwendig, daß auch Österreich seinen Obolus zur Aufrüstung der sogenannten freien Welt entrichte. Das wurde öffentlich festgestellt. Von den Amerikanern ist seinerzeit die Forderung erhoben worden, daß von allen Ländern im Rahmen des Marshall-Blocks ungefähr 10 Prozent des Nationaleinkommens zur Unterstützung der amerikanischen Aufrüstung, der amerikanischen Kriegsvorbereitungen abgezweigt werden müssen, und damit hängt die elende wirtschaftliche Lage der arbeitenden Menschen in Österreich aufs engste zusammen.

Ich spreche gar nicht davon, daß nicht nur für Sozialrentner usw., sondern daß auch für Kunst und Wissenschaft, für irgendeine kulturelle Entwicklung in Österreich kein Geld vorhanden ist, daß für die Entwicklung der Körperkultur, für die Entwicklung des

Sports kein Geld vorhanden ist, daß für die berechtigten Ansprüche der Jugend kein Geld vorhanden ist.

Nun könnte man ja antworten: Ihr stellt Forderungen; woher soll man die Mittel nehmen, um diese Forderungen zu befriedigen? Nun, ganz gewiß, meine Damen und Herren, es wäre niemandem genützt, wenn man einfach Forderungen ins Leere stellte, wenn man nicht imstande wäre, zu zeigen, daß ohne jede neue steuerliche Belastung die Mittel vorhanden sind, um diese berechtigten Forderungen zu befriedigen.

Ich möchte vor allem darauf hinweisen, daß von Regierungsseite her selber wiederholt mitgeteilt wurde, daß es in Österreich enorme Steuerrückstände gibt (*Abg. Lackner: Bei der USIA!*) — ich werde davon sofort sprechen —, Steuerrückstände, nicht bei der USIA (*Widerspruch bei ÖVP und SPÖ*), in der ungefähren Höhe von 2 Milliarden Schilling. (*Abg. Horn: Die Zölle der USIA!*) Nun, wir wissen sehr gut, daß unter diesen Steuerrückständen auch Steuern kleinerer Unternehmen und Gewerbetreibender sind, und wir würden auf keinen Fall fordern — im Gegenteil —, daß man hier eisern, rigoros eintreibt, aber die meisten dieser Steuerrückstände stammen von den großen Unternehmen, und dazu würden wir uns einen Finanzminister, eine Regierung wünschen, die mit derselben unerbittlichen Hand, mit der einst Breitner in Wien Steuern hereingebracht hat, zwar nicht neue Steuern fordert, aber dafür sorgt, daß die bestehenden Steuergesetze wirklich angewendet werden, daß die Steuern von den großen Unternehmern wirklich eingetrieben werden.

Sie haben mir USIA zugerufen! Ich habe es erwartet, Ihnen fällt ja nie etwas anderes ein. Ich möchte also auch davon sprechen. (*Abg. Lackner: Als Knecht der USIA! — Weitere Zwischenrufe.*) Es hängt nur von der Regierung ab, ob die USIA zahlt. Die USIA zahlt nur zwei Steuern nicht; sie zahlt nicht die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer. (*Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.*) Es hängt von der Regierung ab, daß schon morgen alle diese Steuern bezahlt werden! (*Zwischenrufe.*) Nur von der Regierung! (*Widerspruch bei ÖVP und SPÖ.*) Wenn die Regierung diese Unternehmen in das Handelsregister einträgt, was die Voraussetzung dafür ist, werden die USIA-Betriebe die Steuern schon am nächsten Tag entrichten! (*Lebhafte Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.*) Aber Sie wollen ja gar nicht diese Steuern, Sie wollen die Hetze, die Propaganda, und darum entziehen Sie der USIA die gesetzliche Grundlage zur Einhebung dieser Steuern.

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952 3995

Ich wiederhole es — der Herr Handelsminister ist ja anwesend —: Man möge diese Betriebe ins Handelsregister eintragen, und das ganze Problem ist gelöst, die ganze Frage ist gelöst. Ich wiederhole: Gerade das wollen Sie nicht (*heftige Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ — Abg. Lackner: Wer ist denn der Eigentümer? Beantworten Sie endlich diese Frage!*), denn Sie suchen verzweifelt nach den letzten Elementen Ihrer armseligen Hetze, Ihrer lächerlichen, Ihrer perfiden Hetze, Sie haben ja nichts Positives, Sie können ja mit nichts Positivem aufwarten! Sie leben eben von Ihrer geistlosen, von Ihrer albernen, von Ihrer ständig wiedergekauften Hetzpropaganda! (*Abg. Horn: Sie haben keinen Geist und brauchen daher auch keinen aufgeben!*)

Weiter, meine Damen und Herren: Was ist es mit den Gewinnen der verstaatlichten Betriebe, der großen Betriebe der Alpine Montan, der VÖEST, der Stickstoffwerke usw.? Sie haben doch früher sehr große Gewinne abgeworfen! (*Abg. Dr. Pittermann: Ihr Herr Petz muß es doch wissen!*) Ich kann nicht annehmen, daß der Herr Minister Waldbrunner so unfähig ist, daß jetzt auf einmal dort keine Gewinne vorhanden wären. (*Abg. Dr. Pittermann: Fragen Sie Ihren Freund Petz in Donawitz!*) Wenn er so unfähig wäre, dann müßte man ihn sofort davonjagen. Es ist also anzunehmen, daß die verstaatlichten Betriebe sehr große Gewinne einbringen. Wo sind aber diese Gewinne? (*Abg. Dr. Pittermann: Fragen Sie Ihre kommunistischen Betriebsräte!*) Wer kontrolliert diese Gewinne? Wozu werden sie verwendet? Wir sehen den grotesken Zustand, daß jene verstaatlichten Unternehmungen, die ein Defizit haben, in das Budget übernommen werden, und die Steuerzahler müssen für das Defizit aufkommen. Jene verstaatlichten Unternehmen, die kein Defizit haben, sondern einen Gewinn, die werden nicht in das Budget übernommen, sondern sie werden dem Staatshaushalt und damit der parlamentarischen Kontrolle einfach entzogen. Ja, meine Damen und Herren, hier ist die Möglichkeit, beträchtliche Summen hereinzubringen und eine Reihe der vom Volk gestellten Forderungen zu erfüllen.

Schließlich, meine Damen und Herren: Können wir uns denn wirklich, kann Österreich sich wirklich auf die Dauer den Luxus leisten, zum Beispiel elektrischen Strom nach Westdeutschland, nach Belgien, Holland, Elsaß-Lothringen zu einem unvergleichlich geringeren Preis zu verkaufen, als er für den elektrischen Strom in Österreich gezahlt wird? Kann sich Österreich auf die Dauer den Luxus leisten, eine Art von Schleuderelexport von Rohstoffen durchzuführen, statt daß sich eine vernünftig

planende Wirtschaft überlegt, wie man diese Rohstoffe zu einem großen Teil mehr als bisher in Österreich verwendet, um nicht auf den Status eines halbkolonialen Staates zu gelangen, sondern den Status eines modernen Industriestaates aufrechtzuerhalten?

Meine Damen und Herren! Hier sind Finanzquellen, hier sind Mittel vorhanden, ohne neue Steuern, ohne neue Gesetze! Man müßte nur einfach zugreifen, um diese Mittel flüssigzumachen. Und schließlich und endlich, was Österreich brauchen würde, ist eine Finanzgebarung ohne jede Korruption. Es ist unsere feste Überzeugung, daß die Korruption, von der man ja nur ganz kleine Details zu Gesicht bekommen hat, eine Charybdis ist, die massenhaft Einnahmen an Steuergeldern verschlingt. (*Zwischenrufe.*) Es ist unsere feste Überzeugung, daß, wenn wir eine saubere, eine korrekte, eine ehrenhafte Finanzpolitik hätten, aus den vorhandenen Mitteln, über die Österreich verfügt, sehr viel mehr herausgebracht werden könnte.

Diese ganze Regierungspolitik war Österreich nicht nur abträglich, sondern ist geeignet, Österreich zu zersetzen, zu zerbröckeln, zu unterminieren, den Glauben an Österreich niederzuringen. Wir glauben an Österreich (*ironische Heiterkeit bei den Regierungsparteien*), wir glauben an dieses Volk (*Zwischenrufe*), das wesentlich begabter ist als seine Abgeordneten. (*Abg. Dr. Pittermann: Euer Glaube ist ein Aberglaube!*) Dieses Volk ist ein sehr begabtes Volk, zum Unterschied von sehr vielen der Abgeordneten hier im Hause. (*Abg. Dr. Pittermann: Nur fünf!*) Dieses Volk ist ein fähiges, ein arbeitsames, ein tüchtiges Volk, aber diesem Volk wird von seinen Politikern nicht geholfen, vorwärtszuschreiten, aufwärtszuschreiten, Österreich zu entwickeln, sondern das Volk empfindet die Politiker in wachsendem Maße als ein Hemmnis der österreichischen Entwicklung. Und es ist kein Zufall, daß heute in sehr breiten Schichten des Volkes eine zunehmende Antipathie gegen Politik und Politiker überhaupt wahrzunehmen ist (*Abg. Dr. Pittermann: Dann kommt bald die Säuberung des Herrn Fischer! Aufpassen!*), weil das österreichische Volk eben diese Politiker, diese Regierung vor Augen hat (*ironische Heiterkeit bei den Regierungsparteien*) und sie mit der allgemeinen Politik identifiziert. (*Zwischenrufe.*)

Es ist ganz klar, daß es mit dieser Regierung, die ihre Unfähigkeit jahrelang unter Beweis gestellt hat, keinen Ausweg, keine Änderung gibt. Wenn Österreich leben will, dann muß diese Regierung fallen! Das werden auch immer breitere Massen des österreichischen Volkes erkennen.

3996 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

Präsident: Ich habe während meiner Amtstätigkeit von dem mir gegebenen geschäftsordnungsmäßigen Recht oft keinen Gebrauch gemacht, weil ich zu sehr einsehe, daß es Augenblicke gibt, in denen man nicht ganz Herr der Situation ist. Der Herr Redner hat sich aber erlaubt, in seinen sehr leidenschaftlichen Ausführungen von einer „verachtenswerten Regierung“ zu sprechen. Das ist an sich unzulässig und eines Abgeordneten von der dialektischen Gewandtheit des Herrn Fischer in höchstem Grade unwürdig. Ich erteile ihm den Ordnungsruf.

Präsident Böhm übernimmt den Vorsitz.

Abg. Dr. Tschadek: Hohes Haus! Der Herr Abg. Fischer hat einen Satz geprägt, den ich an die Spitze meiner Rede stellen möchte. Er hat gesagt: In der Politik hat man nur nach den gegebenen Realitäten zu urteilen. Ich glaube, wenn sich das österreichische Volk diese Mahnung des Herrn Abg. Fischer zu Herzen nimmt, dann wird es zu ganz anderen Schlüssen kommen als der Herr Vorredner, mit dessen Ausführungen ich mich später noch beschäftigen werde.

Die Realität, die in der Politik zu entscheiden hat, zeigt immerhin, daß trotz allen Schwierigkeiten und trotz aller Not, die zu überwinden waren, Österreich seit dem Jahre 1945 den Weg des Aufstieges und der Gesundung genommen hat. Man kann nicht sagen, es gehe mit Österreich unentwegt bergab, wenn man kein Demagoge ist und wenn man nicht vergessen will, unter welchen Verhältnissen im Jahre 1945 dieses österreichische Volk gelebt hat. Daß wir heute im wesentlichen eine gesunde Wirtschaft, daß wir eine Vollbeschäftigung, daß wir eine krisenfeste Demokratie haben — das, Hohes Haus, ist die positive Leistung der Regierung, die der Herr Abg. Fischer so sehr beschimpft hat. Und ich sage offen: Das ist die positive Leistung der Koalition, wenn sie auch manches Mißbehagen und manche Schwierigkeiten mit sich gebracht hat.

Es war daher nicht so, daß das österreichische Volk gefragt hat, ob die Flaggen zum Tag der Vereinten Nationen die Freudenflaggen über den Rücktritt der Regierung sind, sondern es war in Wirklichkeit eine gewisse Sorge im österreichischen Volk, ob die Stabilität in unserer Wirtschaft und in unserem Staat aufrechterhalten werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind es in Österreich ja nicht mehr gewohnt, Regierungskrisen zu haben. Nicht mit Unrecht hat der Herr Vizekanzler bei einer Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die österreichische Regierung die stabilste in Europa

ist. In einer Zeit der vierfachen Besetzung hat sich diese Stabilität politisch absolut positiv für unser Land ausgewirkt. Das zu sagen ist eine Notwendigkeit und entspricht den gegebenen Realitäten, von denen der Herr Abg. Fischer hier gesprochen hat.

Trotzdem ist es vor einer Woche zu einer Regierungskrise gekommen, weil innerhalb der Regierung eine Einigung über das Budget nicht herbeigeführt werden konnte. Ich möchte gleich am Anfang sagen: Die Art und Weise, wie die Krise überwunden wurde, ist wieder ein Beweis für die Reife und für die Fähigkeit der österreichischen Demokratie. *(Zustimmung.)*

Worum ist es bei dieser Regierungskrise gegangen? Ich möchte doch ein paar Worte zur Sache selbst sagen. Der Herr Finanzminister hat ein Budget ausgearbeitet. Er hat die Globalziffern selbstverständlich auch den sozialistischen Mitgliedern der Regierung übergeben. Es ist aber in langen Verhandlungen in den Details zu keiner Einigung über das kommende Budget gekommen. Über die Grundsätze war man sich selbstverständlich einig.

Ich bin überzeugt, daß keine Regierungspartei ein Budget der Inflation wünscht. Wir alle sind davon überzeugt, daß ein gesunder Staatshaushalt schützend hinter unserer Währung und unserer Wirtschaft stehen soll. Aber der Herr Finanzminister hat innerhalb des Budgets, das wir bisher hatten, namhafte Verschiebungen der Ziffern von dem einen Ressort in das andere Ressort vorgenommen, und diese Verschiebungen haben dazu geführt, daß einzelne Minister die Sorge hatten, ob sie ihre Verpflichtungen im kommenden Jahr erfüllen können.

Wenn der Finanzminister darangehen wollte, den staatlichen Zuschuß zu den Renten von 30 Prozent auf 25 Prozent zu kürzen, so mußte sich der Sozialminister fragen, ob es ihm möglich sein werde, die Renten in der alten Höhe auszubehalten. Wenn also der Minister für soziale Verwaltung zur Überzeugung gekommen ist, daß eine solche Kürzung die Rentenauszahlung gefährdet, dann mußte er, auch wenn es sich nur um 1 Prozent des Budgets oder um noch weniger gehandelt hätte, diesem Budget seine Zustimmung versagen.

Der Herr Finanzminister hat den Versuch gemacht, Einsparungen auf dem Gebiete des sozialen Wohnungsbaues vorzunehmen. Wir Sozialisten wußten, daß jedes Sparen auf dem Gebiet des Wohnungsbaues eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit bedeutet und daß jedes solches Sparen bedeutet, daß die Jugend um Lebenshoffnung und Lebensglück gebracht wird. Wir konnten daher, auch wenn diese 100 Millionen nur ein kleiner Bruchteil des

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952 3997

Gesamtbudgets waren, einem solchen Budget unsere Zustimmung nicht geben. Und wenn der Herr Finanzminister geglaubt hat, beim Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe Einsparungen vornehmen zu können, die die Betriebssicherheit der Bundesbahnen gefährdet hätten, dann konnte der Herr Minister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe zu einem solchen Budget nicht ja sagen.

Zwar waren die Differenzen, in Prozenten ausgedrückt, nicht sehr groß, aber es hat sich um lebensentscheidende Fragen für Teile des österreichischen Volkes gehandelt; und wenn eine Einigung in der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Frist nicht zustandekommen konnte, so mußte die Regierung die Konsequenzen ziehen und dem Herrn Bundespräsidenten die Demission anbieten.

Hohes Haus! Wir haben vom ersten Tag dieser Regierungskrise an gesagt: Eine Regierungskrise ist keine Staatskrise, die Debatte über die Budgetziffern kann keine Erschütterung der Demokratie mit sich bringen! Der Kampf um einen gesunden Staatshaushalt darf nicht zu einer Gefährdung der Währung und der Wirtschaft führen! So ist man in voller Erkenntnis der Verantwortung, die die Regierungsparteien zu tragen hatten, darangegangen, einen Ausweg zu suchen, und man hat den Ausweg gefunden, indem man dem Haus ein Budgetprovisorium zur Beschlußfassung vorgelegt hat.

Und nun, Hohes Haus, ist man sicherlich versucht, sich zu fragen, wer in diesem Kampf um das Budgetprovisorium Sieger geblieben ist, wer der Stärkere war, wer in diesem Kampf einen Erfolg davongetragen hat.

Hohes Haus! Ich stelle daher fest, daß die Fragen, die zu der Regierungskrise geführt haben, absolut und hundertprozentig im Sinne der Wünsche und Forderungen der Sozialistischen Partei gelöst wurden. (*Beifall bei den Sozialisten.*) Verlangt wurde die Kürzung des Rentenzuschusses von 30 auf 25 Prozent — das Budgetprovisorium enthält die alte Ansatzziffer von 30 Prozent. Gefordert wurde die Kürzung des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds um ungefähr 100 Millionen — das Budgetprovisorium enthält den Ansatz für den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds ohne jede Kürzung, also mit den 100 Millionen, um die wir Sozialisten gekämpft haben. Gekämpft haben wir gegen die Benachteiligung der Bundesbahnen — das Budgetprovisorium sieht jene Ansätze für die Bahn vor, die im Vorjahr da waren und die wir als Mindestansätze für notwendig erachtet haben.

Wir haben also unsere Forderungen durchgesetzt und wir mußten sie durchsetzen im Interesse dieses Staates, im Interesse der

Rentner, der Arbeiter, im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Österreichische Volkspartei sagt nun freilich, auch sie habe einen Sieg davongetragen; denn das Budget, das jetzt eingebracht wurde, sei kleiner als der Budgetentwurf des Herrn Finanzministers, man hätte also noch größere Ersparungen erzielt, mehr ersparen können, als man ursprünglich vermutet hat. Es ist richtig, Hohes Haus, daß die Budgetziffern, die jetzt vorliegen, geringer als die Ziffern des von uns abgelehnten Budgetentwurfs des Herrn Finanzministers sind, aber diese Verringerung der Summen ist auf Kosten von Forderungen und Wünschen gegangen, die von den Politikern der Österreichischen Volkspartei ausgesprochen wurden.

Ich will auch hier einige Ziffern sagen, um die Dinge richtig zu demonstrieren. Der Herr Finanzminister hat in das Budget einen Betrag von 7 Millionen für die konfessionellen Schulen eingebaut, obwohl eine gesetzliche Verpflichtung zur Auszahlung eines solchen Betrages nicht bestanden hat. Diese 7 Millionen sind im Budgetprovisorium nicht enthalten, sie haben also in diesem Budgetprovisorium, das nunmehr dem Hohen Haus zur Beschlußfassung vorliegt, keinen Platz gefunden.

Der Herr Unterrichtsminister wollte eine Erhöhung der Ausgaben für Volks-, Haupt- und Sonderschulen auf 734 Millionen gegenüber 689 Millionen des Vorjahres haben. Sein Wunsch ist leider unerfüllt geblieben. Es sind also auf diesem Gebiete fast 50 Millionen erspart worden, ein Beweis, daß die Kürzung der Budgetziffern, die wir jetzt haben, nicht auf Kosten berechtigter sozialistischer Forderungen gegangen ist.

Der Herr Finanzminister hat beim Kapitel Land- und Forstwirtschaft für den Milchausgleich einen Betrag von 200 Millionen eingesetzt, während im alten Budget nur 71 Millionen enthalten waren. Es sind also hier im Budgetprovisorium gleich 130 Millionen weniger als in dem abgelehnten Budgetentwurf des Herrn Finanzministers enthalten.

Diese Ziffern zeigen klar und eindeutig, daß die Tatsache, daß der Budgetentwurf, den wir jetzt haben, mit einer kleineren Summe als der ursprüngliche Entwurf abschließt, kein Sieg der Österreichischen Volkspartei ist, sondern daß dieser Budgetentwurf nichts anderes ist als ein Sieg der politischen Vernunft in diesem Land.

Auf der anderen Seite hat man versucht, in den Kapiteln sozialistischer Minister beträchtliche Abstriche zu machen. Für die Sozialversicherung sollte der Staat nur mehr 866 Millionen aufwenden, während im Vorjahr noch 1430 Millionen im Voranschlag enthalten waren.

3998 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

Durch das eingebrachte Budgetprovisorium haben sich diese Ziffern nicht geändert, die Abstriche sind weggeblieben, und der Betrag, den der Herr Minister für soziale Verwaltung braucht, ist ihm voll und ganz zugesichert worden. Ähnlich steht es beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, über den ich bereits gesprochen habe.

Der Herr Finanzminister hat die Einkommensteuer in seinem Entwurf nur mit 1550 Millionen veranschlagt, während er im Vorjahr 2 Milliarden für die Einkommensteuer eingesetzt hat, offenkundig in der Absicht, sich hier eine stille Kapitalreserve zu schaffen. Auch dieser Plan ist nicht zustande gekommen, das Budgetprovisorium kennt für die Einkommensteuer dieselben Ziffern, die wir im Vorjahr in unserem Budget gehabt haben. Sie sehen also: Wenn man die Zahlen sprechen läßt, ist sachlich und nüchtern das erreicht worden, was wir im Interesse Österreichs und im Interesse unserer Arbeiterschaft erreichen wollten.

Wenn man sich fragt, wieso eine solche Lösung möglich war, dann möchte ich ein paar Worte zur allgemeinen politischen Situation in diesem Lande sagen. Die politische Lage, die sich in Österreich darstellt, ist ja an und für sich sehr einfach, und man kann nicht viele Experimente auf diesem Gebiete anstellen.

Der Hohe Nationalrat hat in seiner letzten Sitzung zur Außenpolitik Stellung genommen, und das österreichische Parlament hat mit Einmütigkeit, wenn ich von den fünf Landesverrättern auf der Linken dieses Hauses absehe, die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs gefordert. Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs, das ist und bleibt die große Parole der österreichischen Politik. Man kann diese Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs aber nur abschirmen, wenn man das österreichische Volk immun macht gegen den Ungeist der Volksdemokratie, immun macht gegen die Gefahr der Diktatur, immun macht gegen jede kommunistische Gefährdung der Einheit und der Demokratie in unserem Staate.

Die Sozialistische Partei hat sich in den letzten Jahren als die beste Verteidigerin der österreichischen Freiheit und Unabhängigkeit gezeigt. Ich will damit gar keinen Vorwurf gegen die Österreichische Volkspartei oder gegen andere Parteien in diesem Hause erheben. Ich stelle die Tatsache fest, daß im entscheidenden Augenblick die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs nur von uns verteidigt werden kann (*Beifall bei der SPÖ*), weil die Entscheidung notwendigerweise dort fällt, wo wir stehen und stark sind. In politisch kritischen Tagen fallen die Entscheidungen nicht in den Bauerndörfern, die die Domäne der Öster-

reichischen Volkspartei sind, da fallen sie in Wien und in den Hauptstädten und in den Industriegebieten, in Wiener Neustadt und St. Pölten, dort, wo wir die Verantwortung tragen und wo nur wir die Autorität haben, die Freiheit des Landes zu verteidigen und zu sichern.

Hohes Haus! Wenn man aber dies erkennt, dann muß man eine Politik betreiben, die die Arbeiter moralisch stark erhält, diesen Freiheitskampf zu führen. Man kann diesen Kampf nur mit einer Arbeiterschaft führen, die in Österreich ihre wirkliche Heimat sieht, mit einer Arbeiterschaft, die diesen Staat als ihren Staat und als ihre Zukunft betrachtet, mit einer Arbeiterschaft, die das Gefühl hat, daß soziale Gerechtigkeit in diesem Staat herrscht und daß eine wirkliche Demokratie den Weg in eine bessere Zukunft für den arbeitenden Menschen in Stadt und Land freilegt. Man kann also dieses Land nicht in einem Kampf gegen die Lebensinteressen des arbeitenden Volkes verteidigen; man kann es nur mit einer zufriedengestellten, Österreich bejahenden, sozial gerecht behandelten Arbeiterschaft verteidigen. Deshalb mußte — wenn man diese Erwägungen anstellt — die Verunfthung siegen, und deshalb mußten die Forderungen, die wir für das arbeitende Volk erhoben haben und immer wieder erheben werden, auch berücksichtigt werden, und daher konnte es auf demokratischem Wege zu einer verfassungsmäßig einwandfreien Lösung dieser Regierungskrise kommen.

Hohes Haus! Ich möchte allerdings sagen, daß man, auch wenn man vor Wahlen steht, nicht vergessen soll, daß die Zusammenarbeit der politischen Parteien in den letzten Jahren die Existenz dieses Landes ermöglicht hat, und man soll von einer Propaganda frei bleiben, die unernst und unanständig ist. Ich habe gestern zufällig die Zeitung „Die Frau von heute“ der Österreichischen Volkspartei zur Hand genommen und darin ein Bild gesehen, das einen Baum darstellt, der Demokratie heißt. Neben dem Baum steht ein braver Junge, Hände an der Hosennaht, mit dem Abzeichen der Österreichischen Volkspartei, und ein schmutziger Lausbub mit den drei Pfeilen. Der Lausbub versucht, den Baum auszureißen, und dahinter steht die Mutter Austria und sagt: Immer, wenn dem Kerl etwas nicht paßt, ruiniert er's.

Ich glaube, mit einer solchen Propaganda sollen Sie nicht den Wahlkampf beginnen. Wir müßten Sie sonst daran erinnern, daß die Demokratie in Österreich schon einmal ruiniert wurde, aber nicht von dem Lausbuben mit den drei Pfeilen, sondern von dem Musterknaben mit dem Abzeichen der Österreichischen Volkspartei. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952 3999

Wenn es in diesem Lande — diese Feststellung möchte ich machen — in der Wolle gefärbte Demokraten gibt, dann sind es wir Sozialdemokraten. Wir sollten also den Kampf sachlicher beginnen und die Auseinandersetzungen, die in einem Wahlkampf unvermeidlich sind, sachlicher führen.

Und nun möchte ich mich etwas mit den Ausführungen des Herrn Abg. Fischer beschäftigen, der sich hier von einer ganz merkwürdigen Seite gezeigt hat. Zu Beginn seiner Rede hatte ich überhaupt den Eindruck, in einer Bibelstunde zu sein, denn er redete ausschließlich in Gleichnissen, wie dies sonst immer nur bei kirchlichen Darstellungen üblich ist. Sie waren nicht sehr geschmackvoll, die Gleichnisse von der operierten Dame und von der Bäuerin, die das Fenster zuschlägt, weil ein Junge zu ihr kommen will, und vom Wasserschaff, das überläuft. Es waren keine geistreichen Gleichnisse, aber es war charakteristisch, daß der Herr Abg. Fischer sich bemüht gefühlt hat, anstatt von Tatsachen von Gleichnissen zu sprechen. Und als er hier so pathetisch erklärt hat, er fühle sich nur deshalb in Österreich wohl, weil er gleichsam das wache Gewissen des Staates sei, das an den Nerven der „korrupten“ Regierungsparteien rüttle, ist mir unwillkürlich ein Wort Goethes eingefallen, das ich hier nur variierend wiedergeben kann:

„Herr Fischer ist ein hohler Darm,
VollFurcht und Hoffnung, daß Gott erbarm.“
(*Heiterkeit.*)

Seine Furcht ist, daß Österreich lebt, seine Furcht ist, daß das österreichische Volk treu zur Demokratie und zu diesem Staat steht und daß daher alle Versuche der Kommunisten, unser Bollwerk, unser Österreich umzurennen, danebengehen. Seine Hoffnung, seine leise Hoffnung, die sich nicht erfüllen wird, ist der Untergang dieses Volkes, der allein den Nährboden für die kommunistische Propaganda geben könnte.

Der Herr Abg. Fischer hat sich als Anwalt aller Berufsschichten aufgespielt. Er hat hier eine große Rede für die Intellektuellen gehalten, um gleich darauf zu weinen, daß die Gewerbetreibenden ihre Läden zusperrten, und um gleich darauf zu sagen, daß es den Bauern schlecht geht, und um dann wieder die armen Beamten und die armen Arbeiter zu bedauern, die in diesem Staat, von einer so unfähigen Regierung geführt, leben müssen. (*Abg. Weikhart: Das hat der Goebbels auch schon getan!*) Hohes Haus! Wenn man sich so an alle wendet und gar nicht sagt, wie man es besser machen könnte, ich glaube, dann wird die Rede nicht ganz ernst genommen werden.

Aber ich möchte doch auch hier sachlich, an die Adresse der Kommunistischen Partei gerichtet, ein paar Ziffern nennen. Herr Abg. Fischer, Sie haben hier gegen die Lohnsteuer in leidenschaftlichen Worten gesprochen. Österreich hat reiche Erdölschätze, die von der russischen Besatzungsmacht vollkommen in Anspruch genommen werden. Im abgelaufenen Jahr wurden etwa 2,5 Millionen Tonnen Erdöl aus Österreich abtransportiert. Der Marktpreis für eine Tonne Erdöl beträgt 600 S. Es ist also ein Wert von 1625 Millionen Schilling durch das Erdöl allein ohne jede Gegenleistung aus unserem Lande hinausgebracht worden. Die Lohnsteuer beträgt 1853 Millionen Schilling, also ungefähr dasselbe, was wir in Österreich durch den Abtransport an Erdöl verlieren. Herr Abg. Fischer! Gehen Sie zu Ihren russischen Freunden und sagen Sie, sie mögen das Erdöl hier lassen, und wir streichen die Lohnsteuer! Dieses Geschäft abzuschließen sind wir jederzeit bereit. (*Zustimmung bei der SPÖ.* — *Abg. Weikhart: Das kann er ja nicht als russischer Beauftragter!* — *Ruf: Sonst würde er gesäubert!* — *Abg. Frühwirth: Er will ja Statthalter werden!*)

Der Herr Abg. Fischer hat dann erklärt, die USIA wäre jeden Augenblick bereit, die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer zu bezahlen, sie brenne geradezu darauf, dem Staat dieses Geld zu geben, aber sie dürfe es doch nicht, denn die unglückliche USIA ist ja noch nicht in das Handelsregister eingetragen! Nun, dazu muß ich eines sagen: So billig haben wir österreichische Betriebe nicht zu verschenken (*Zustimmung bei SPÖ und ÖVP*), daß wir für eine Steuerleistung unser Eigentumsrecht und unseren moralischen Anspruch auf die Betriebe aufgeben! So sind die Dinge nicht. Dieses Geschäft, Herr Abg. Fischer, werden wir nicht machen, umso weniger als jede Garantie fehlt, daß wir nach der Eintragung ins Handelsregister auch nur einen Groschen bekommen würden. (*Erneute Zustimmung.*) Man hat uns auch schon Dinge genommen, für die es keine Rechtfertigung gegeben hat, und man hat uns schon Zahlungen verweigert, auf die wir eindeutig und unwiderruflich Anspruch haben. (*Abg. Widmayer: Sie zahlen nicht einmal die Stromrechnungen und die Sozialbeiträge!* — *Abg. Dr. Pittermann: Schweigen im Osten!* — *Heiterkeit.*)

Hohes Haus! Es ist also keine bloße Hetzagituation, wenn wir uns immer wieder gegen die USIA und ihre Geschäftsmethoden aussprechen, und ich möchte die Gelegenheit benutzen, um dem Hohen Haus von dieser Stelle aus zu sagen, daß wir die Verpflichtung haben, den Kampf gegen die USIA in ver-

4000 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

schärfter Form fortzuführen. Es ist bedauerlich, daß sich oft recht gut situierte und sich oft recht bürgerlich gehabende Geschäftsleute zu nicht kleinen Geschäften mit der USIA hergeben, wenn diese für sie gewinnbringend erscheinen. Ich bin der Meinung, daß es der Herr Finanzminister nicht verabsäumen soll, solche Betriebe, wenn sie ihm bekannt werden, einer verschärften steuerlichen Betriebsprüfung zu unterziehen und das hereinzuholen, was die Leute durch ihre illegalen Geschäfte mit der USIA verdient haben. *(Zustimmung bei den Sozialisten.)* Ich bin der Meinung, daß eine solche Betriebsprüfung eine sehr wirksame Waffe sein könnte, um den Kampf gegen die USIA mit wirklichem Erfolg zu führen und um hier dem österreichischen Staate wirklich neue Einnahmen durch das Hereinbringen ausständiger Steuern zu sichern.

Der Abg. Fischer hat sich, wie es nicht anders zu erwarten war, auch wieder mit der Außenpolitik beschäftigt und hat wieder einmal erklärt, wie arm doch alle Völker seien, die nach dem Westen blicken, und wie glücklich und frei man doch sei, wenn man nach dem Osten sieht. *(Abg. Frühwirth: Den Tschechen drehen sie jetzt das Licht ab!)* Hohes Haus! Wir haben es erst vor zwei Tagen hier gesagt: Wir wollen unsere wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit, wir wollen, daß alle vier Besatzungsmächte das Land verlassen. Wir wollen ein freies, unabhängiges und neutrales Österreich. Aber, Herr Abg. Fischer, wenn Sie den Eindruck haben, daß man bei uns im Lande weniger gegen die Amerikaner kämpft als in Frankreich und in Italien, dann ist dies wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß man dort die östliche Besatzungsmacht nicht kennengelernt hat. Jedes Volk kämpft zunächst gegen die Bedrückung, die es am schwersten empfindet, und vor allem wir in der östlichen Zone — und ich sage das mit vollem Freimut — empfinden die russische Besatzung weitaus drückender als alles andere, was wir in diesem Lande jemals erlebt haben.

Es ist also nicht der mangelnde Mut und nicht der mangelnde Freiheitswille der Österreicher, sondern es ist die gegebene politische Situation, es ist die politische Realität, von der Sie gesprochen haben, Herr Abg. Fischer, die uns zu unserer außenpolitischen Haltung bringt und die uns klarer als andere Völker, die fern vom Schuß sind, erkennen läßt, daß Ihre Friedenskongresse, Ihre Weltkundgebungen, daß Ihre kulturellen Reden, die Sie halten, nichts anderes sind als Goebbelssche Tarnung einer anderen Diktatur. Alles, was Sie hier gesagt haben, hätte vor 1945 der Herr Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda mit denselben Worten sagen können.

Aber, Herr Abg. Fischer, finden Sie es nicht selbst für lächerlich, wenn Sie sagen, daß man in Österreich die geistige Freiheit mißachtet *(Abg. Dr. Pittermann: Deswegen haben sie den Kongreß nach Österreich einberufen!)*, wenn Sie es sagen, der ein System vertritt, in dem jedes Abweichen von der Generallinie ein Todesurteil bedeutet? Finden Sie nicht selber, daß Sie hier mit einem gewissen Hohn über das System reden, dem Sie die Treue geschworen haben? Vielleicht werden Sie auch diesem System die Treue nicht halten, weil der Begriff „Treue“ mit Ihrem Charakter und Ihrer Person nicht vereinbar ist. Aber wenn man die geistige Freiheit wirklich dort fordern würde, wo sie untergegangen ist, wenn Sie dort für die geistige Freiheit reden würden, dann würden Sie mit absoluter Sicherheit der Liquidation verfallen. Ich glaube, Sie sind nicht so gerne hier, weil Sie uns auf die Nerven gehen wollen, sondern Sie sind deshalb so gerne hier, weil Österreich für Sie noch immer sicherer ist als die Sowjetunion. *(Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Frühwirth: In Österreich ist sein Kopf nicht gefährdet!)*

Hohes Haus! Ich will damit zum Schlusse kommen und noch einmal sagen: Die Sozialistische Partei hat die Regierungskrise keineswegs, wie es von dem Abg. Fischer behauptet wurde, als ein taktisches Manöver betrachtet. Es ist uns darauf angekommen, entscheidende Fragen, die für die Interessen des österreichischen Volkes lebenswichtig sind, zu lösen, und es ist vorübergehend eine Lösung gelungen. Selbstverständlich vorübergehend, denn dem Hohen Haus ist heute der Gesetzentwurf vorgelegt worden, das Parlament aufzulösen, und am 22. Februar wird das österreichische Volk seine Volksvertretung neu wählen. Die Kommunisten haben diesen Wahlkampf mit donnernden Reden eingeleitet, und sie haben angekündigt, was sie alles nach den Wahlen verändern werden. Herr Abg. Fischer! Wir nehmen diese Kampfansage an. Heraus mit dem Flederwisch! Am 22. Februar wird abgestaubt!

Das österreichische Parlament geht also auseinander, um dem Volk die Möglichkeit zu geben, seine Zukunft mit dem Stimmzettel zu entscheiden. Ich bin jetzt schon überzeugt: Die Entscheidung des österreichischen Volkes wird für die Demokratie, für die Freiheit und Unabhängigkeit und für die soziale Gerechtigkeit in diesem Lande ausfallen. Wenn auch schwere Tage auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet vor uns stehen, das österreichische Volk wird aller Schwierigkeiten Herr werden in der Erkenntnis, daß wir uns einen Staat aufbauen und die Freiheit dieses

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952 4001

Staates erkämpfen werden, die uns in eine bessere Zukunft führt.

Wir können in diesen Tagen der arbeitenden Bevölkerung Österreichs nur eines zurufen: Alle Mann an Bord! Volldampf voraus für ein glückliches, sozial gerechtes, freies Österreich! (*Lebhafter anhaltender Beifall bei den Sozialisten.*)

Abg. Hartleb: Hohes Haus! Wenn der Herr Abg. Pittermann die Hoffnung laut werden ließ, daß ich als Verteidiger der Regierungsparteien auftreten werde, so muß ich ihn enttäuschen. (*Abg. Dr. Pittermann: Eine arge Enttäuschung!*) Ich stehe auf dem Standpunkt: Jeder soll die Fehler, die er begangen hat, selber rechtfertigen (*Abg. Dr. Pittermann: Der Dr. Kraus!*), und deshalb überlasse ich die Verteidigung Ihnen. (*Abg. Widmayer: Hartleb, wo ist der Kraus? — Heiterkeit.*)

Es gibt ein altes Sprichwort, das sagt: Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht! (*Abg. Dr. Pittermann: Bis er Obmannstellvertreter wird! — Erneute Heiterkeit.*) Auch der Krug der Koalition ist so lange zum Brunnen gegangen, bis er gebrochen ist. Aber bis es dann soweit gewesen ist, ist den beiden Parteien ein sentimentaler Stammbuchvers eingefallen, der lautet: Reiß den Faden der Freundschaft nicht zu früh entzwei, denn wird er auch frisch geknüpft, der Knoten bleibt dabei. (*Abg. Weikhart: Wo ist der Strachwitz?*) Und in Befolgung dieses Verses haben sie sich beeilt, diesen Bruch möglichst rasch wieder rückgängig zu machen. Ob es ihnen gelingt, auch den Knoten zu beseitigen, ob es ihnen gelingt, die wirkliche Absicht durchzuführen, die darin besteht, die Bevölkerung glauben zu machen, daß wirklich nur die Differenzen bei der Budgetberatung die Ursache für den Rücktritt der Regierung gewesen sind, das ist die andere Frage.

Ich glaube, die Bevölkerung in Österreich ist in den letzten Jahren etwas hellhörig geworden. Sie glaubt nicht mehr immer das, was die Regierungsparteien sagen, sondern sie schließt aus den vielen Dingen, die sie im Laufe der Jahre beobachten konnte, und bildet sich selber ein Urteil. (*Abg. Cerny: Aber über den VdU auch!*) Das lassen Sie nur unsere Sorge sein; heute stehen Ihre Sorgen zur Debatte. (*Abg. Dr. Pittermann: Vorgestern waren es Ihre!*)

Wenn Sie glauben, daß es Ihnen gelingen wird, damit, daß Sie jetzt trommeln, die einen von der drohenden Inflation, die sie durch den zwei Tage währenden Rücktritt abgewendet haben, und die anderen von ihrem

Siege, den sie errungen haben, die Bevölkerung all das vergessen zu lassen, was vorgegangen ist, sind Sie im Irrtum. Die Bevölkerung ist sich darüber im klaren, daß der wahre Grund für dieses Theater — wie die Leute die Regierungskrise bezeichnen — ein anderer ist. Man kann reden, mit wem man will, die Meinungen stimmen so ziemlich überein. Sie sagen: Beide haben eine solch heillose Angst vor den kommenden Wahlen, daß sie sich nicht getraut haben, in die Zukunft hineinzugehen, ohne den Versuch zu unternehmen, sich wenigstens irgendeine Ausrede zurechtzulegen. Und eine Ausrede ist es, wenn der eine Teil sagt: Wir mußten jetzt zurücktreten, um eine Inflation abzuwenden. Daß diese Behauptung wirklich nur eine Ausrede ist, brauche ich nicht zu beweisen, denn das haben Sie selbst am schlagendsten dadurch bewiesen, daß Sie zwei Tage später — wie mein Herr Vorredner gesagt hat — hundertprozentig nachgegeben haben. (*Abg. Cerny: Wer?*) Ich bin als Oppositionsredner nicht in der Lage, der SPÖ zum hundertprozentigen Sieg zu gratulieren, aber ich könnte mich, wenn Sie es gerne hören, entschließen, der ÖVP meine Glückwünsche zu einer hundertprozentigen Niederlage auszu-drücken.

Glauben Sie aber nicht, daß es gelingen wird, bei den Wählermassen die Meinung durch-zudrücken, daß es wirklich eine ernste Regierungskrise gewesen ist; nicht einmal dann, wenn der Herr Bundeskanzler und der Herr Vizekanzler vorher auf Reisen gegangen sind und nachher gesagt haben: Es war ja alles in Ordnung, wie wir fortgegangen sind; die Differenzen waren so klein, als wir weggefahren sind, aber als wir zurückgekommen sind, waren sie so groß, daß sie nicht mehr über-brückt werden konnten. Über diese Unlogik, diese Widersprüche, über die Sie — was ich Ihnen zugestehe — sehr gerne hinwegsehen und hinweglesen, sieht die Bevölkerung aber nicht hinweg. Sie begrüßt schon, was hier gespielt wird, und sie wird Ihnen am 22. Februar zeigen, wieviel sie Ihnen von dem glaubt, was Sie ihr vorgaukeln, und wieviel sie nicht glaubt. (*Abg. Dengler: Nur keine Prophetie!*)

Wenn man immer wieder liest, wie Sie sich selber loben, wie Sie davon sprechen, daß diese Regierung als die stabilste in Europa oder meinetwegen auf der Welt angesehen werden muß und daß es keine gibt, die so lange ununterbrochen regiert hat, dann möchte ich Ihnen nur das eine sagen: Ich an Ihrer Stelle würde mir mehr einbilden, wenn ich von Erfolgen sprechen könnte, nicht nur von einer langen Regierungszeit. Aber von Erfolgen können Sie bei Gott nicht reden!

4002 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

Ich werde mir heute erlauben, mir etwas mehr Zeit zu nehmen und über die Dinge zu sprechen, die Sie nicht zustandegebracht haben. Gestatten Sie mir aber, daß ich noch einige Bemerkungen vorausschicke, damit Sie sehen, daß ich auch für Ihre Lage Verständnis habe und nicht annehme, daß immer nur der böse Wille die Ursache des Versagens ist. Das möchte ich Ihnen schon zugestehen, denn ich sehe ein, in welcher schwieriger Lage Sie sind. Sie haben den einen großen Fehler begangen, daß Sie sich damals, als es um die Regierungsbildung ging, allzulange mit der Frage aufgehalten haben: Wie verteilen wir uns die Macht? Es ist Ihnen keine Zeit übriggeblieben für die großen Fragen: Wie werden wir regieren? Wie werden wir die wichtigen Fragen des Staates und der Wirtschaft lösen? Nur die Macht und der Proporz, die Überlegung, wie ich den anderen etwas einschränken und selber noch an Macht gewinnen kann, war das, was Sie die vier Wochen vor dem Zusammentritt des Parlaments im Jahre 1949 und dann noch eine weitere Woche zur Gänze in Anspruch genommen hat.

Wenn in anderen Staaten die Neubildung einer Regierung notwendig wird, dann ist es üblich, daß diese Regierung vor das Parlament tritt, sobald sie sich nicht nur über die personelle Zusammensetzung, sondern auch über das Regierungsprogramm geeinigt hat. Das Regierungsprogramm umschreibt die Absichten dieser Regierung und gilt für ihre Amtszeit dann als Gesetz für alle Parteien, die an der Regierung teilnehmen. Weil Sie das verabsäumt haben, fehlt Ihnen ein solches Programm, und deshalb ist bei jeder einzelnen Gelegenheit der Streit entstanden — und er mußte ja entstehen —, ob nun die Entscheidung im Sinne der nach rechts strebenden ÖVP oder im Sinne der nach links strebenden SPÖ getroffen werden soll.

Und so gehört es zum normalen Hergang, daß entweder vor oder nach den Beratungen im Ministerrat die entscheidende Instanz, nämlich der Koalitionsausschuß oder wie Sie es nennen — ich habe leider bis jetzt keinen Einblick in Ihre Abmachungen bekommen, ich kann daher nur annehmen, daß es ungefähr so heißt —, angerufen wird, und wenn sich diese Instanz recht und schlecht — gewöhnlich schlecht — auf eine Fassung geeinigt hat, dann gilt das Vereinbarte als paktierter Gesetzentwurf. Dann erst darf das in das Parlament kommen, und dann nehmen Sie zumindest den Abgeordneten Ihrer eigenen Parteien — weil es ja ein paktiertes Gesetz ist — ihr verfassungsmäßiges Recht weg, ihre Meinung zu sagen und so zu stimmen, wie es ihren wirklichen

Ansichten und den Wünschen ihrer Wähler entsprechen würde. Daß dabei die Demokratie zugrunde gehen muß und das ganze Arbeiten im Parlament zu einer Farce wird, weil Sie das Parlament so herabwürdigen, das alles ist Ihnen gleichgültig, wenn nur die Koalition weiterlebt. Das Weiterleben der Koalition ist ja wichtiger als das Gedeihen des Staates und der Staatswirtschaft.

Jede von den beiden Parteien, die in der Regierung sitzen, ist stark und mächtig genug, die andere daran zu hindern, daß sie etwas Positives leistet. Keine ist aber stark genug, um selber gegen den Willen der anderen etwas Positives durchzusetzen. Was herauskommt, sind ausnahmslos Halbheiten. An diesen Halbheiten krankt nicht nur unsere österreichische Gesetzgebung, sondern auch unser Staat und unsere Wirtschaft. Halbheiten sind oft schlechter als gar keine Lösungen. Weil man dem anderen keinen Erfolg gönnt, weil man sich fürchtet, er könnte vielleicht bei der nächsten Wahl sagen, das habe er gemacht, sagt man auch dann nein und macht auch dann Schwierigkeiten, wenn man innerlich gar nicht davon überzeugt ist, daß so eine Haltung gerechtfertigt ist. (*Abg. Ing. Raab: Ihre Sorge um uns ist rührend!*) Diese Sorgen hat das österreichische Volk sieben Jahre lang gehabt (*Abg. Ing. Raab: Ich kenne Ihre Sorgen!*), und es ist nur gerecht, Herr Präsident Raab, wenn jetzt Sie auch Sorgen haben — bis zum 22. Februar wenigstens. Und sie werden noch größer werden, denn was wir dazu beitragen können — das verspreche ich —, werden wir tun! Wir werden unsere besten Kräfte einsetzen, um die Bevölkerung darüber aufzuklären, welches ein unwürdiges Theater da aufgeführt worden ist, sie darüber aufzuklären, wo die wirklichen Ursachen dieser Regierungskrise und unserer schweren wirtschaftlichen Lage in Österreich liegen. (*Zwischenrufe des Abg. Cerny.*)

Ich weiß, Sie werden jetzt wieder in die Versammlungen hinausgehen und wieder große Reden über die Verwaltungsreform halten, an die Sie jahrelang nicht gedacht haben und die Ihnen immer erst dann einfällt, wenn wieder Wahlen in die Nähe kommen. Sie werden über sie als die Grundvoraussetzung für eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Staate sprechen, die Sie aber, und zwar leichtsinnigerweise, außer acht gelassen haben. Nicht einmal einen Versuch haben Sie gemacht, auf dem Gebiete der Verwaltungsreform etwas durchzusetzen; nur gesprochen haben Sie davon. Wir werden dafür sorgen, daß Ihnen die Leute in den Versammlungen die Frage vorlegen: Was haben Sie auf dem Gebiete der Verwaltungsreform geleistet? (*Abg. Cerny: Das gut-*

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952 4003

gemacht, was ihr verdorben habt!) Warum reden Sie also so groß davon, wenn Sie dann doch wieder nichts machen? (*Abg. Scheibner: Das ist der überhebliche kleine Gerne-groß!*)

Es gibt kein Gebiet, das von einiger Bedeutung ist, auf dem Sie überhaupt einen Erfolg aufweisen könnten. Sagen Sie mir doch eines! Nehmen wir einmal das große und wichtige Gebiet der Wohnungswirtschaft her. Alles, was da in den letzten Jahren gemacht worden ist, war nichts als eine planlose und zerfasernde Novellierung einmal des einen und einmal eines anderen Teiles, Maßnahmen, von denen eine der anderen widerspricht. Auf der einen Seite hat man groß darüber geredet, daß man die Neubauten der privaten Hand durch Steuerbefreiungen fördern will. Als es aber dann endlich soweit war, hat es nicht lange gedauert, bis man gehört hat, daß der Herr Minister Helmer als Preiskommissär eine Verordnung im Köcher birgt, die er baldigst abzuschließen beabsichtigt und die dem Zweck dienen soll, auch bei den Neubauten die Verwendung des Zinses in jenem zwangsmäßigen Sinne zu regeln, wie sie bei den dem Mieterschutz unterliegenden Wohnungen bereits gilt. Das nenne ich mir eine Vorsorge für die Abschaffung des Wohnungselends! Hunderttausende von Menschen stehen aus Ihrem Verschulden heute noch ohne Wohnung da (*Ruf bei der Volkspartei: Eine solche Frechheit!*), weil Sie sich nie zu einer wirklichen Tat entschlossen haben, sondern immer nur ein Flickwerk und eine Halbheit beschließen — auch dann, wenn hundert bessere Vorschläge vorliegen (*Abg. Cerny: Diese Vorschläge hätten Sie vor zehn Jahren machen müssen!*) —, weil Sie in Ihrer Überheblichkeit der Meinung sind, daß nur Sie etwas verstehen und daß alles, was andere sagen, in den Wind gesprochen sein muß. (*Abg. Cerny: Vor zehn Jahren hätten Sie den Mund aufmachen müssen!*) Das sind die wahren Ursachen, warum es Ihnen nicht gelungen ist, die Wohnungsnot zu lindern. Sie ist größer geworden, und sie wird noch größer werden, wenn eine solche Regierung wie die Ihre noch lange am Ruder bleibt und in demselben Sinne weiterwirtschaftet, wie Sie es bisher getan haben.

Oder sehen wir uns Ihre Wirtschaftspolitik einmal an! Die einen träumen und sprechen von einer Planwirtschaft, die anderen von einer freien Wirtschaft. Aber wenn man dann das, was sie wirklich tun und wollen, näher betrachtet, dann muß man feststellen, daß Sie auf der einen Seite eine Planwirtschaft ohne Plan und die auf der anderen Seite eine freie Wirtschaft ohne Freiheit haben wollen,

daß Sie das Ganze zu einem Kuddelmuddel vermengen, bei dem sich überhaupt keiner mehr auskennt — und das ist dann die Gesamtheit Ihrer Wirtschaftspolitik. (*Zwischenruf bei der Volkspartei.*)

Sie können sagen, was Sie wollen, Sie schaffen damit die Tatsachen nicht aus der Welt. Die Bevölkerung beginnt zu verstehen, was da los ist. Man muß sich ja nur die Phasen dieser Entwicklung vor Augen halten. Dabei braucht man gar nicht jahrelang zurückzudenken, sondern nur die letzten Monate herzunehmen. Da wird geschrieben und gesprochen von der Notwendigkeit, den Zwangskurs beim Export zu beseitigen. Aber acht Wochen danach hat man auch diejenigen, die das befürwortet haben, bewegt, eine 180gradige Wendung zu machen, und man rückt von dem Gedanken ab. Man hat also den Zwangskurs nicht beseitigt. Wenn man aber den Zwangskurs nicht beseitigt, kommt die österreichische Wirtschaft beim Export nicht in den Genuß der Weltmarktpreise. Weil wir nun beim Export nicht in den Genuß der Weltmarktpreise kommen, können wir auch nicht zu Weltmarktpreisen importieren, und weil wir nicht in der Lage sind, die Differenzen zu bezahlen — infolge des mangelnden Exportes können ja die Betriebe nicht voll arbeiten und nicht voll verdienen —, darum brauchen wir den Zwangskurs. Und da wir nun den Zwangskurs haben, funktioniert wieder der Export nicht, und so geht es fort.

Die ganze Bevölkerung merkt, daß sich da die Katze irgendwie in den Schwanz beißt. Wer es aber nicht merkt, sind die Regierungsparteien. Das eine wird als Begründung dafür hergenommen, daß wir das andere nicht haben, so wird weiter gefolgert, und wenn der Kreis dann geschlossen ist, geht es von neuem los. Und dabei bilden Sie sich auf Ihre Regierungskunst auch noch etwas ein und glauben, daß es ein Verdienst ist, an den Ministersesseln zu kleben. Das allein ist noch lange kein Verdienst! Die Leistungen wären es, die ein Verdienst darstellen würden.

Wenn Sie die Wirtschaft wirklich fördern wollten, dann hätten Sie sich längst über eine gemeinsame Linie klarwerden müssen. Sie haben diese gemeinsame Linie in sieben Jahren nicht gefunden; die Kosten dafür zahlen aber nicht Sie, sondern die österreichische Wirtschaft und in der Folge der österreichische Staat. Denn wenn die Wirtschaft infolge Ihrer schlechten Politik nicht so funktionieren kann, wie sie sollte, dann ergeben sich natürlich für den Staat die finanziellen Rückwirkungen, die eingetreten sind und eintreten mußten. Ihre ganze Kunst hat bisher darin bestanden, so ungefähr sechs- bis zwölfmal im Jahr

4004 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

Steuererhöhungen zu beschließen. Ein bißchen Vernunft hätte dazu hinreichen müssen, sich zu sagen, daß dies nicht ewig so weitergehen wird, daß einmal der Tag kommen muß, an dem man die Steuern nicht weiter erhöhen kann, an dem die Grenze des Erträglichen erreicht ist.

Aber Sie haben dies nicht zur Kenntnis genommen. Wie über alles andere, wollen Sie sich auch über die ehernen Gesetze der Wirtschaft hinwegsetzen, und so mußte einmal die Zeit kommen, in der es nicht mehr geht. Oh, wir wissen schon, daß es nicht Ihrer eigenen Erkenntnis und Ihrem eigenen Einsehen zuzuschreiben ist, wenn Sie nunmehr erklären: Die Budgetsumme darf nicht höher werden. Wir wissen, woher die Winke kommen und woher der Druck kommt, der Sie dazu veranlaßt hat, und Sie tun uns bei Gott nicht leid, daß Sie nun Sorgen haben. Sie haben sich diese Sorgen ehrlich verdient. Versuchen Sie es nur jetzt so, daß der eine dem anderen und umgekehrt die ganze Schuld zuschreibt und jeder sich als der unschuldige Engel gebärdet, der natürlich alles gut gemeint und alles gut gemacht hat und der zu gerne vergessen machen will, daß auch der andere nichts Schlechtes hätte machen können, wenn ihr nicht beide gemeinsam in dem Bestreben, auf den Stühlen zu bleiben, zu allen Halbheiten und zu allem Unsinn ja und amen gesagt hättet! (*Abg. Cerny: Das haben Sie nie getan, was?*)

Wir sehen in der Sozialversicherung eine Entwicklung, die bei jedem Menschen, der diese Dinge ernst nimmt, Besorgnisse hervorrufen muß. Ich habe immer geglaubt, die Regierung würde so viel Gewissenhaftigkeit aufbringen, mit wirklich weitgehenden und brauchbaren Reformvorschlägen vor das Parlament zu treten, die es ermöglichen, eine wirkliche Katastrophe abzuwenden. Es ist nicht geschehen. Sie haben sich auch in dieser Hinsicht nicht geeinigt, und an Ihrer Uneinigkeit liegt es, daß auch dieses Problem zu den unerledigten, zu den schwebenden Dingen gehört, zu jenen Dingen, die als eine Gefahr für die österreichische Zukunft gewertet werden müssen.

Sie reden und schreiben viel von dem Problem der Jugend. Statistische Zahlen sind uns hier oft genug vorgelesen worden, so darüber, um wieviel mehr Jugendliche jetzt aus den Schulen herauskommen, und die Frage, was mit diesen Menschen geschehen soll, wurde oft gestellt. Soll nun vielleicht der Peter Zapf jene Handlungen setzen, die notwendig sind, um dieses Problem einer brauchbaren Lösung zuzuführen, oder wäre das nicht doch Aufgabe der Regierung gewesen? Mit dem Reden allein löst man aber auch diese Frage nicht.

Die Vollbeschäftigung ist ein Schlagwort, das bis zum Überdruß oft in den letzten Jahren gebraucht worden ist und das man auch hier bis zum Überdruß mißbraucht hat, wie es ja überhaupt nichts gibt — es mag noch so gut sein —, was man nicht mißbrauchen kann. So ist es also auch mit der Vollbeschäftigung. Anstatt eine echte Vollbeschäftigung durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik anzustreben und zu ermöglichen, haben Sie geglaubt, die Lösung durch eine unechte, durch eine künstliche Vollbeschäftigung finden zu können, und haben auch auf diesem Gebiet nicht bedacht, daß einmal der Tag kommen mag, an dem die Mittel zur Durchführung der künstlichen Vollbeschäftigung in jenem Ausmaß, wie es aus Ihrem Verschulden notwendig geworden ist, nicht vorhanden sein werden.

Dann kommen Sie und werfen einander die schwersten Vorwürfe an den Kopf und wollen auch auf diese Weise das Volk vergessen lassen, daß es eine gemeinsame Schuld ist, die hier zu besprechen ist; keiner von Ihnen ist in der Lage, seine Verantwortung abzuwälzen, mag er es auch noch so krampfhaft versuchen.

Wir können hinschauen, wohin wir wollen. Wenn wir die politischen Probleme, wenn wir uns beispielsweise die Frage der Befriedung in Österreich vor Augen halten und vergleichen mit dem, was dort geschehen ist, wo die Alliierten selber die Macht und die Kompetenz hiefür besessen haben, so müssen wir sagen: Auch dabei schneiden Sie schlecht ab! Auch dabei war eine Einstellung vorhanden, die man mit Zurückhaltung oder Reserviertheit viel zu milde bezeichnet, es war schon mehr, es war eine sträfliche Interesselosigkeit an der Pflicht, diese Dinge wirklich zu lösen und sie, soweit es wenigstens auf dem Verwaltungswege möglich ist, einer Lösung zuzuführen, die tragbar ist und im Sinne der Absichten und der Wünsche des Volkes liegt. Auch in dieser Sache haben Sie versagt wie in allen anderen Dingen!

Die Landwirtschaft. Hier haben wir ein Kapitel vor uns, das besonders bezeichnend ist. Wenn man sich die Handelsbilanz des Jahres 1951 anschaut und feststellen muß, daß die Einfuhr an Nahrungsmitteln und Genußmitteln an die Spitze aller Einfuhrwerte gerückt ist, obwohl dies sogar in normalen Zeiten nie der Fall gewesen ist, daß wir im abgelaufenen Jahr allein für Nahrungsmittel 3·5 Milliarden an das Ausland bezahlen mußten, daß dann und erst in weitem Abstand die zweite Gruppe der Rohstoffe für die Industrie und das Gewerbe mit 2·2 Milliarden steht, dann kommt einem zum Bewußtsein, wie wichtig das Gebiet ist, das Sie in einer ver-

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952 4005

antwortungslos, ja sträflichen Weise vernachlässigt haben.

Es ist viel davon gesprochen worden, und keine Partei hat es gegeben, die hier im Parlament aufgestanden wäre und gesagt hätte: Nein, wir wollen keine Hebung der landwirtschaftlichen Produktion; wir sprechen uns offen gegen die Bauernschaft aus. Den Worten nach, den Beteuerungen und den Zeitungsartikeln nach — so viel guter Wille! In Wirklichkeit aber eine Maßnahme nach der anderen, die versagen mußte und versagt hat, nicht nur zum Schaden der Bauern, sondern auch zum Schaden der konsumierenden Bevölkerung Österreichs!

Meine Frauen und Männer! Es ist viel zu wenig noch in das Bewußtsein des österreichischen Volkes eingedrungen, wie teuer dem österreichischen Volk diese falschen Maßregeln zu stehen kommen. Wir werden auch in dieser Hinsicht die Wahlzeit zu einer gründlichen Aufklärung benützen (*Abg. Ing. Raab: Selbstverständlich!*), und es wird wenige Menschen geben, Herr Präsident Raab, die Verständnis dafür haben werden, daß es richtig sei, für amerikanischen Roggen schlechtester Qualität 3-90 S zu bezahlen zu einer Zeit, in der man den österreichischen Bauern mit 1-10 S abgefertigt hat. Solche Leute gibt es draußen nicht, aber es gibt Leute in der Regierung, und zwar maßgebende, die das der österreichischen Bauernschaft zugemutet haben und dabei noch getan haben, als ob sie der konsumierenden Bevölkerung damit etwas Gutes täten.

Der Herr Minister Thoma hat vor Antritt seines Amtes im Jänner dieses Jahres erklärt, wenn er nicht bestimmte Mindestforderungen, die er des öfteren genannt hat, durchsetze, werde er aus seinem Amte wieder scheiden. Er lobte in der letzten Zeit selbst seine Erfolge und hat behauptet, daß sie zufriedenstellend seien. Die Bauern sind anderer Meinung! Die Bauern sind der Meinung, daß Thoma sein Versprechen nicht gehalten hat, denn er hat weder seine Forderungen durchgesetzt, noch ist er zurückgetreten. Wenn er die Absicht aber nicht gehabt hat, dann hätte er es nicht so laut verkünden sollen. Daß die Maßnahmen, die er durchgesetzt hat, unzureichend sind, um eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in Österreich herbeizuführen, ist für jeden, der sich mit diesen Dingen ernst beschäftigt, offenkundig.

Auch diese Sache wird sich so entwickeln, daß die Lösung in Zukunft nicht leichter, sondern schwerer wird, wie es eben bei allen ungelösten großen Dingen der Fall ist: Je länger man eine durchgreifende Lösung hinausschiebt, umso schwieriger, desto teurer wird sie! Ich bedaure nur, daß der Herr Minister

Thoma nicht anwesend ist. (*Abg. Scheibenreif: Er ist eh da!*) Ah, da hinten sitzt er ja! (*Heiterkeit.*) Wir kennen uns, glaube ich, lange genug, und ich hätte mich gefreut, wenn ich über den Mann, mit dem ich selber 15 Jahre lang zusammengearbeitet habe, etwas Günstigeres hätte aussagen können. (*Abg. Ing. Raab: Heute ist ihm nichts recht! Heute ist er grantig!*) Thoma wird mich gut genug kennen, um zu wissen, daß ich mich auch als Freund nicht dazu entschließen kann, etwas zu loben, was wirklich schlecht ist. Das, was bisher erreicht wurde, ist unbefriedigend, und wer es heute noch nicht glaubt, der wird es einmal glauben, auch wenn er Minister ist. (*Abg. Scheibenreif: Jedenfalls ist es mehr als Ihre ganze bodenlose Kritik!*) Auf Ihr Urteil verzichte ich. (*Abg. Scheibenreif: Das ist uns ganz unmaßgeblich, was Sie sagen!*) Ich habe noch nie bemerkt, daß Sie einen positiven Gedanken gehabt hätten. (*Heiterkeit beim KdU.*) Solange das so ist, ist Ihr Urteil für mich nicht sehr wichtig. (*Abg. Ing. Raab: Heute sind Sie grantig! Heute reden Sie sich schwer!* — *Abg. Dr. Pittermann: ... Führer sein dagegen sehr!* — *Heiterkeit.*)

Eine andere Sache, die heute auch schon gestreift worden ist, darf man nicht außer acht lassen, wenn man von dem Verhalten dieser Regierung spricht, das ist die Art und Weise, wie die Regierung das Parlament behandelt. Ich habe des öfteren in Ausschüssen und bei anderen Gelegenheiten erklärt, daß diese Behandlung schmähdlich ist, daß es eine Schande ist, wenn sich ein Parlament so etwas gefallen läßt. In den wichtigsten Dingen wird das Parlament nicht informiert. Ich habe nicht einmal, sondern des öfteren versucht, durch Anfragen, durch Briefe Aufklärung zu erlangen, die für jeden Abgeordneten, der es mit seiner Arbeit ernst nimmt, unentbehrlich ist. Die Regierung hat nie ausdrücklich abgelehnt, sie hat aber bis heute die Auskünfte nicht erteilt. Das ist eine Einstellung, die tief bedauerlich ist.

Meine Meinung ist, daß eine Regierung die moralische Pflicht hat, das Parlament so zu behandeln, daß es zur Mitarbeit angeregt wird. Wenn man gegenüber der Volksvertretung den Standpunkt Götz von Berlichingens anwendet, dann darf man sich nicht wundern, wenn es keine gedeihliche Zusammenarbeit gibt. Wenn das Parlament keine Ahnung davon hat, was die Regierung zum Beispiel auf dem Gebiete von Handelsvertragsverhandlungen macht, wie sich die einzelnen Dinge auswirken, wenn wir warten sollen, bis nach Jahr und Tag einmal in irgendeinem statistischen Handbuch Ziffern vorhanden sind, die wir ein Jahr früher gebraucht hätten, dann ist das ein unmöglicher Zustand.

4006 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

Ich mache es dieser Regierung zum schwersten Vorwurf, daß sie diese ihre Pflicht verabsäumt hat. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß das vor 25 Jahren anders gewesen ist. Es soll nicht heißen, daß ich damit sagen will, daß es deshalb besser war, weil ich in der Regierung war, sondern die Einstellung der damaligen Regierung war eine andere. Glauben Sie, daß die Sozialdemokratische Partei, die damals in der Opposition gewesen ist, es sich hätte gefallen lassen, daß sie von der Regierung so behandelt wird, wie diese Regierung heute das Parlament behandelt?

Das ist nicht eine Sache, die uns Oppositionelle allein angeht. Ich kenne eine ganze Reihe von Fällen, wo mir Abgeordnete der Regierungsparteien gesagt haben: Sie haben recht, wir wissen auch nichts und wir sollen ja und amen sagen und ein Urteil haben, sollen den Wählern in den Versammlungen eine Antwort erteilen. Wenn es dann dazu kommt, daß die Leute, weil sie nichts Positives wissen, Vermutungen anstellen, falsche Behauptungen aufstellen, falsche Schlüsse ziehen, dann ist bei Gott nicht der betreffende Redner schuld, dann ist die Regierung schuld, die ihre Pflicht, das Parlamententsprechend zu informieren, schmählichst mißachtet. *(Abg. Scheibenreif: Freilich, weil sie den Hartleb nicht mitreden läßt!)* Ich habe Ihnen schon gesagt, Sie bekommen von mir keine Antwort mehr! *(Zwischenrufe des Abg. Scheibenreif.)*

Es ist heute hier schon in verschiedenen Zusammenhängen auch von der Freiheit in Österreich gesprochen worden. Der Herr Abgeordnete Fischer hat den Regierungsparteien vorgeworfen, daß die Freiheit in Österreich nicht so gewahrt sei, wie er es wünscht. Andere Redner haben zum Ausdruck gebracht, daß auch sie dieselbe Meinung haben, wenn auch mit anderen Begründungen. Ich möchte sagen: Auch ich habe diese Meinung! Es ist nicht so, Herr Minister Helmer, daß man die Freiheit nur solange fordern soll, solange man Oppositionspartei ist, und daß man ihr dann kein Interesse mehr entgegenbringt, wenn man an die Macht gekommen ist. Ich habe dieses Kapitel hier schon einmal bei einer anderen Gelegenheit angeschnitten. Solange Sie dulden, daß in den Betrieben bei jeder sich bietenden Gelegenheit ein Druck und erpresserische Methoden angewendet werden, um den anderen, nur weil er anders denkt, um seine Rechte und unter Umständen auch um seine Existenz zu bringen, solange ist auch die Freiheit nicht gewahrt!

Und ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Regierung hier ebenfalls versagt hat. Wenn die bestehenden Gesetze und Vor-

schriften nicht hinreichen, wäre es längst Ihre Pflicht gewesen, die notwendigen Ergänzungen vorzuschlagen. Aber einfach die Dinge laufen zu lassen, wie sie laufen wollen, weil andere die Leidtragenden sind und nicht die Angehörigen der SPÖ, das ist unmöglich. Und, Herr Minister Helmer, ich habe Ihnen einmal gesagt: Man soll nicht glauben, daß die Dinge so unveränderlich sind, daß es nicht auch einmal anders kommen könnte. Gerade wir haben in unserem Leben so viele Wandlungen erlebt. *(Abg. Dr. Pittermann: Das glaube ich, Kollege Hartleb!)* Wir wissen, daß es gefährlich ist, einem solchen Glauben nachzuhängen. Ich hänge ihm nicht nach, aber bei Ihnen ist es anscheinend so, daß Sie meinen: Jetzt, wo wir an der Macht sind, braucht man von der Freiheit nicht mehr zu reden, jetzt braucht man kein Antiterrorgesetz mehr, jetzt können wir den Dingen freien Lauf lassen, es kommen ja höchstens VdUler unter die Räder oder andere, die der ÖVP angehören.

Glauben Sie nicht, daß die Leute draußen in den Betrieben über die Dinge nicht nachdenken und daß diese Umstände die Meinungen über die Demokratie, wie Sie sie verstehen, nicht beeinflussen. Nehmen Sie diese Dinge ernster, als Sie es bisher getan haben. Das ist ein wohlgemeinter Rat, der nicht nur in unserem, sondern auch in Ihrem Interesse liegen wird. Viel gescheiter, als um die Frage zu kämpfen, ob der Betriebsinhaber verpflichtet werden soll, Ihre Gewerkschaftsbeiträge einzuheben, wäre es, wenn Sie sich mit gesetzlichen Bestimmungen befassen würden, die jeden Terror, jeden Wahlschwindel und jede andere Erpressung, wie sie immer wieder auftritt, ausschalten würden und die die Betriebsräte dafür verantwortlich machen würden, daß sie in ihrer überparteilichen Funktion gegen solche Erscheinungen auftreten, anstatt sie zu fördern und zu vertreten.

Es wurde auch von der Empörung gesprochen. Ich glaube, es ist der Herr Abg. Fischer gewesen, der hier ausgeführt hat, daß es da manchmal in der Bevölkerung über das eine oder über das andere eine Empörung gibt. Ich bestreite diese Behauptung nicht, ich möchte sie nur ergänzen. Es gibt nicht nur Empörungen, es gibt auch gelenkte Empörungen, die sich dann einstellen, wenn irgendeine Stelle sie für zweckmäßig und richtig hält. Meiner Ansicht nach würde es Aufgabe der Regierung und der für die Sicherheit und Ruhe im Staate verantwortlichen Funktionäre sein, gegen derartige Dinge mit den schärfsten Mitteln aufzutreten. Ich möchte es unterlassen, auf das hinzuweisen, was mir persönlich in den letzten

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952 4907

Jahren buchstäblich handgreiflich an derartigen Dingen bewiesen worden ist. Ich möchte nur mein Bedauern zum Ausdruck bringen, daß die Anfrage, die wir im Februar an den Herrn Minister Helmer gerichtet haben, in der wir gebeten haben, er möge Auskunft über das geben, was er daraufhin veranlaßt hat, bis heute nicht beantwortet worden ist.

Ich weiß, daß ein Minister nicht verpflichtet ist, eine Anfrage am selben Tag zu beantworten. Aber wenn einmal acht Monate vergangen sind, müßte meiner Ansicht nach die Untersuchung oder das Disziplinarverfahren schon abgeschlossen und das Ergebnis bekannt sein. (*Bundesminister Helmer: Die Disziplinaruntersuchung ist eingeleitet!*) In der Zwischenzeit hat man lediglich gehört — ich konnte es auch nicht nachprüfen, ob es wahr ist —, daß der betreffende Polizeibeamte, der sich meiner Ansicht nach einer schweren Pflichtverletzung schuldig gemacht hat, befördert worden ist. Ob das die Disziplinarmaßnahme ist, die bei diesem Verfahren herausgekommen ist, und ob das richtig ist, bezweifle ich.

Ich möchte noch auf eine Sache hinweisen, deren Vernachlässigung meiner Ansicht nach unverantwortlich ist: das ist die Frage des Schillingeröffnungsbilanzgesetzes. Ich habe schon einmal Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß wir dieses Gesetz beschließen müssen, wenn wir haben wollen, daß überhaupt Ordnung eintritt. Das, was heute an Bilanzen erstellt wird und erstellt werden muß, sind zum großen Teil Hausnummern. Sie geben kein wirkliches Bild von den Ergebnissen der einzelnen Betriebe, und es müßte für jeden Menschen, der es ernst mit der Wirtschaft und ernst auch mit dem Staate nimmt, wichtig sein, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wenigstens die Bilanzen nicht falsche Ziffern aufweisen, daß sie wirklich die Wahrheit widerspiegeln. Wenn es da bei der Sozialistischen Partei manchmal heißt, es sei zu fürchten, daß ein solches Gesetz dazu führen könnte, daß der eine oder andere weniger Steuern zu zahlen hat, dann muß ich sagen: Ich glaube nicht daran, daß die führenden Menschen in der SPÖ so kurzfristig sind, daß sie nicht wissen sollten, daß man solchen Erscheinungen ja abhelfen kann, daß sie nicht wissen sollten, daß unter Umständen schon die bestehenden Gesetze automatisch einen Riegel für einen Mißbrauch des Schillingeröffnungsbilanzgesetzes darstellen würden, weil sich ja die Vermögensteuer usw. automatisch erhöht, wenn ein Mißbrauch vorliegt.

Wir würden es aber auch verstehen, wenn der Finanzminister weitere Maßnahmen treffen

würde, um auf Grund der wahren Ziffern und auf Grund der wahren Grundlagen die Steuervorschreibung in eine Form zu bringen, daß er zu demselben Steuerergebnis gelangt, das notwendig ist und das er bisher erzielt hat. Ich bin der Meinung, daß es richtiger ist, die Steuern auf einer gerechten Basis zu bemessen, als sie von einer Scheinbasis aus zu bemessen. Mit Pauschalerleichterungen, wie man sie in den letzten Jahren angewendet hat, die sich für den einen gerecht, für den einen sehr zum Profit und für den anderen gar nicht auswirkten, können wir doch auf die Dauer meiner Ansicht nach wirklich nicht wirtschaften. Ich bin der Meinung, daß es eine der großen Unterlassungssünden dieser Regierung ist, daß sie auch auf diesem Gebiet nach jahrelangem Reden und Schreiben nicht zu einem positiven Ergebnis gekommen ist.

Ich möchte aber auch noch ein anderes Gebiet streifen, das ist das Gebiet der Preisüberwachung; und zwar deshalb, weil wir den Herrn Minister Helmer vor uns sitzen haben, der ja für diese Dinge verantwortlich ist. Ich habe schon bei anderer Gelegenheit gesagt, daß wir keine grundsätzlichen Gegner einer vernünftigen Preisregelung sind. Wir sind nur dagegen, daß man ein Gesetz erstens so erstellt, daß es nur für einen Teil der Wirtschaft gilt, und daß dann dieses Gesetz noch dazu so gehandhabt wird, daß es auch nicht für alle gleich angewendet wird, für die es angewendet werden müßte.

Wenn wir erleben, daß der Bauer mit einer Strafanzeige zu rechnen hat und verfolgt wird, wenn er für sein Kalb um einen Schilling mehr kriegt, und wenn wir auf der anderen Seite sehen, daß das Erzeugnis aus dem Waldbrunner-Königreich, das Eisen und der Stahl, zum Teil öffentlich um hundert Prozent teurer verkauft wird, als die Preisvorschrift es erlaubt, und wenn wir dann weiter sehen, daß der Herr Preiskommissär Helmer diesmal blind ist und nichts macht, daß er in dem Falle beide Augen zumacht und sich nicht daran erinnert, daß er Preiskommissär ist, dann, müssen wir sagen, wäre es besser, wenn man mit diesen Ermächtigungsgesetzen ein für allemal Schluß machen würde. Solche Gesetze setzen immer ein gewisses Vertrauen in die ausführenden Organe voraus. Dieses Vertrauen muß verlorengehen, Herr Minister Helmer, wenn Sie sofort alle Fehler entdecken, die bei dem einen Berufsstand zu entdecken sind, und bei den anderen Sparten gefissentlich über alles hinwegsehen, was zu verzeichnen ist. (*Abg. Dr. Pittermann: Man kann nur bewirtschaftete Artikel preisregeln! Das Gesetz anschauen!*) Bitte, ja, warum dann nicht auch bei der Landwirtschaft? (*Abg. Dr. Pittermann: Weil sie bewirt-*

4008 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

schaftet sind!) Was? (*Abg. Dr. Pittermann: Weil die landwirtschaftlichen Produkte bewirtschaftet sind!)* Warum nehmen Sie sie dann in die Preisregelung hinein, wenn Sie doch keinen Gebrauch machen? (*Abg. Dr. Pittermann: Das wollen Sie doch!)* Zur Augenauswischerei, Herr Dr. Pittermann; nein, so dumm sind wir nicht. (*Abg. Dr. Pittermann: Lesen Sie das Gesetz!)* Wenn ein Bauer Eisen erzeugen und nachweisen würde, daß er es um den geregelten Preis nicht herstellen kann, dann würde man nicht lange fragen — einsperren täte man, strafen täte man! (*Abg. Dr. Pittermann: Probieren Sie es einmal und erzeugen Sie Eisen!)* Aber wenn es sich um einen verstaatlichten Betrieb handelt, so kann der machen, was er will!

Herr Dr. Pittermann! Wir haben uns in den letzten Sitzungen der unabhängigen Bauern einige Male mit solchen Fragen beschäftigt. Wir haben festgestellt, daß es landwirtschaftliche Maschinen gibt, bei denen seit dem letzten Lohn- und Preisabkommen fünfmal Preiserhöhungen vorgenommen worden sind. (*Abg. Dr. Pittermann: Adresse Minister Raab!)* Es wäre traurig, wenn er es nicht schon wüßte, aber wenn er es wirklich nicht wissen sollte, der Herr Minister, bin ich bereit, ihm die Adressen zu sagen. Fünfmal Preiserhöhungen! Der Preis einer Maschine, die nach der letzten Lohnerhöhung 8600 S gekostet hat, ist in der Zwischenzeit durch immer wiederkehrende Preiserhöhungen auf 14.800 S gestiegen. Und niemand findet etwas daran! Das ist in Ordnung. Das darf geduldet werden. (*Abg. Lackner: Ohne Eisenpreiserhöhung!)* Der Eisenpreis ist preiseregelt, aber der Preiskommissär fragt ja nicht, warum, er macht überhaupt nichts, er sieht es nicht, und die Regierungsparteien sehen es auch nicht, weil sie nicht wollen. Wenn sie wollten und wenn die bestehenden Vorschriften unzureichend sind, dann brauchen sie ja nur ins Parlament zu gehen und diejenigen Ergänzungen vorzuschlagen (*Abg. Kysela: Ihr wollt doch die freie Wirtschaft!)*, die notwendig sind, damit sie auch dort eingreifen können. Tun Sie doch nicht so unschuldig, wir sind ja keine heurigen Hasen, denen Sie so etwas erzählen können. (*Abg. Dr. Pittermann: Also der VdU ist für die Bewirtschaftung! Hören Sie, Kollege Ebenbichler?)* Entweder das eine oder das andere, aber der Kuddelmuddel von Planwirtschaft und freier Wirtschaft, den ihr praktiziert und als euer System darstellt, ist unerträglich. (*Abg. Widmayer: Unter Kuddelmuddel meint er jetzt den VdU!)*

Ich möchte noch eine andere Sache erwähnen, die mir auch am Herzen liegt (*Abg. Ing. Raab: Es sind schon genug Sünder da!)*, eine Sache,

die ich auch heute nicht zum ersten Male hier bespreche, die aber meiner Ansicht nach nicht oft genug gesagt werden kann: das ist die Frage der Erhaltung unseres Waldes.

Wenn man unsere Zeitungen liest, dann bekommt man immer wieder den Eindruck, als ob nur Überschlägerungen die Ursache seien, warum dort nicht alles in Ordnung ist. Meine persönliche Meinung geht dahin, daß die nicht rechtzeitigen Aufforstungen einen viel größeren Schaden verursachen. Ich habe schon wiederholt verlangt, daß das Landwirtschaftsministerium diesen Dingen mehr Augenmerk zuwenden soll. Wir dürfen nicht vergessen, was der Wald bedeutet. Er wird in der Zukunft immer mehr bedeuten, wenn die Dinge so weitergehen, wie wir sie jetzt beobachten können. Und wenn man weiß, daß es Schlagflächen gibt, die jahrzehntelang nicht aufgeforstet wurden, wenn man auf der anderen Seite weiß, daß es Fälle gibt, wo man jahrelang in den Forstgärten keine Pflanzen bekommen hat, weil sie einfach nicht da sind, wenn man gleichzeitig weiß, daß in der Umgebung dieser Pflanzgärten Hunderte von Arbeitslosen vorhanden sind, von denen jeder einzelne zum Jäten und zur Pflege der Forstgärten herangezogen werden könnte, und wenn man weiter weiß, daß die Fichtenpflanzen, die im Frieden von diesen Forstgärten mit 16 S pro Tausend verkauft worden sind, heute 192 S, also mehr als das Dutzendfache kosten, dann muß man sagen: Es wird alles getan, um die Aufforstung, die im Interesse der Erhaltung unseres Waldes notwendig wäre, nicht in die Wege zu leiten.

Der Herr Minister Kraus hat mir einmal hier im Hause erwidert, daß die Pflanzen ohnehin so billig abgegeben und subventioniert werden. Ich habe nicht den Eindruck, wenn man mit dem Preis von 16 S auf 192 S geht, daß das billig ist. Bei Gott nicht! Wenn die Bauern denselben Schlüssel anwenden würden, so würden Sie uns als die größten Halsabschneider hinstellen, und vielleicht mit Recht.

Wenn der Herr Abg. Tschadek in seinen Ausführungen darauf hingewiesen hat, daß die Lösung dieser Krise, die das österreichische Volk in der abgelaufenen Woche miterlebt hat, ein Beweis dafür sei, wie krisenfest die Demokratie in Österreich ist, so muß ich ihm schon sagen: Wenn er das als einen Beweis für die Krisenfestigkeit der Demokratie ansieht, dann kann ich das beim besten Willen nicht verstehen. Meine Meinung ist, daß gerade solche Vorgänge, wie wir sie da beobachtet haben, geeignet sind, der Demokratie mehr zu schaden, als man im allgemeinen annimmt. Die Demokratie wird umso besser abschneiden, je höher die Meinung der Bevölkerung von der Regie-

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952 4009

rung und von den parlamentarischen Körperschaften ist. Je ernster sie genommen werden, desto besser für die Demokratie. Wenn man aber ein Theater aufführt, das von der gesamten Bevölkerung als Theater empfunden wird und als nichts anderes empfunden werden kann, dann ist es schon stark, wenn man noch dazu hergeht und davon spricht, daß das ein Beweis für eine krisenfeste Demokratie sei.

Ich verzeihe ihm, daß er neuerlich von der stabilsten Regierung gesprochen hat. Diese eine Feststellung, die Sie jeden Tag oder jeden zweiten Tag treffen, ist scheinbar das neueste Steckenpferd, ist das, auf was Sie sich etwas einbilden, weil Sie sonst nichts haben, auf was Sie stolz sein könnten. Wenn er gemeint hat, daß das, was jetzt festgelegt wurde, eine vorübergehende Lösung darstellt, so pflichte ich ihm bei. Daß es keine Dauerlösung ist, davon bin ich überzeugt.

Wenn man mit so gewundenen Gedanken- gängen, wie man es zum Beispiel zur Begründung dieses Budgetprovisoriums getan hat, hervortritt und sagt, ein endgültiges Budget hätte bedeutet, daß man den Entschlüssen des neugewählten Parlaments vorgeht, so ist das etwas, was ich in meinem Leben noch nie gehört habe. In keinem einzigen anderen Staat würde es einem Menschen einfallen, deshalb, weil im nächsten Jahr Neuwahlen bevorstehen, kein Budget zu beschließen, mit der Begründung, daß dadurch dem künftigen Parlament vorgegriffen werden könnte. So bei den Haaren herbeiziehen darf man die Dinge nicht, und wenn man es tut, dann richtet man Schaden an, glauben Sie mir das. Man sollte, wenn man Fehler gemacht hat, für diese Fehler einstehen, den Mut haben, entweder zuzugeben: es war ein Fehler, oder zu versuchen, den Beweis zu führen, daß es keine Fehler waren, daß man Grund gehabt hat, so und nicht anders zu handeln. Wenn Sie aber so weiter tun, wie Sie es bisher getan haben, bin ich überzeugt, daß wir in absehbarer Zeit eine neue Krise und wahrscheinlich ein Kabinett Figl V oder VI erleben werden; vielleicht können Sie dann bei der fünften Figl-Regierung ein Jubiläum feiern, das tun Sie ja gerne.

Aber eines ist sicher: Wenn Sie sich die Leistungen, wenn Sie sich die positiven Erfolge vor Augen halten, dann ist das kein Grund zum Feiern, dann ist nicht einmal ein Grund vorhanden, zufrieden zu sein, oder ein Grund, die Kritik zu unterlassen, die man pflichtgemäß in der schärfsten Weise gegen eine derartige Regierung laut werden lassen muß. *(Beifall beim KdU.)*

Inzwischen hat Präsident Dr. Gorbach den Vorsitz übernommen.

Abg. Dr. Strachwitz: Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte ist wieder einmal so sehr symptomatisch für unser Parlament, daß ich mir erlauben möchte, am Eingang meiner Worte auf die offizielle Erklärung des Herrn Bundeskanzlers Figl IV zu verweisen. Ich habe im Jahre 1949 seine Regierungserklärung vollinhaltlich unterschrieben, weil ich tatsächlich der Meinung war, daß das, was dort versprochen wurde, auch der Wille ist, den die Bundesregierung hat, der Wille, diesem Staate vier Jahre zu dienen; ich habe das unterschrieben und dafür gestimmt.

Ich bin in der Zwischenzeit allerdings zur Erkenntnis gekommen, daß das, was uns im Jahre 1949 vorgelegt wurde und was im Jahre 1945 zum Großteil schon integrierender Bestandteil der damaligen Regierungserklärung war, ja gar nicht das war, um was es geht und was die Regierung vorhatte, sondern tatsächlich das, was sie nur versprochen hat, um noch einmal die Wähler, die damals ihre Stimme abgaben, weiter an der Stange zu halten. Die beiden Regierungsparteien wußten damals schon ganz genau, daß die innere Überzeugungskraft dessen, was sie prophezeiten, und dessen, was sie propagierten, bereits sehr morsch geworden war. Sie wußten, daß sie sich irgendwelcher Mittelchen bedienen mußten, um die sogenannten Randschichten noch einmal an ihre Fahnen zu binden. Sie wußten, daß sie besonders starke und harte Worte finden mußten, auch untereinander, und sie gingen in einem sehr merkwürdigen und geradezu beschämenden Schaukampf aufeinander los, der den Höhepunkt und Gipfel fand in der gegenseitigen Diffamierung der Menschen, die nun schon immerhin sieben-einhalb Jahre als Freunde, die sich nur per du und mit Vornamen ansprachen, in einer Regierung saßen und nach außen hin so taten, als ob das, was sie hier nun in harten Worten sagten, ihre tatsächliche Meinung wäre.

Ich gestehe es Ihnen, meine Frauen und Männer, daß ich mir nicht vorstellen konnte, daß es Menschen von Verantwortung geben könnte, die so frivol sein konnten, daß sie das, was sie wollten, nur in Konventikeln besprachen, die aber das, was sie dem Volk versprochen, gar nicht ernst nehmen wollten, ja im Gegenteil genau wußten, daß sie ihre Versprechungen gar nicht würden halten können; denn wenn sie das, was sie versprochen hatten, halten würden, dann wäre diese Ehe und dieser Pakt mit dem gleichen Tage bereits zum Zerfall verurteilt gewesen.

4010 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

Wenn ich Ihnen daher nur einen einzigen Auszug aus dieser Regierungserklärung vorlese, so darum, weil diese vier Zeilen allein genügen würden, die jetzige sogenannte Krise und alle die Krisen zu bannen, die immer dann hervorkommen, wenn es für Sie wieder gilt, vor die Gemeinschaft zu treten, von der Sie Ihr Mandat erhalten haben, ein Mandat zum Teil auf Grund der Versprechungen und Erklärungen, zu denen Sie bis jetzt nicht gestanden sind. (*Abg. Reismann: Von wo haben Sie Ihr Mandat?*) Herr Abg. Reismann, Sie sind mir als sehr harter Zwischenrufer bekannt. Aber ich habe Sie hier heroben noch sehr selten für die Generation sprechen gehört, aus der Sie stammen; ich habe sehr selten gehört, daß Sie etwas Konstruktives dazu zu sagen hätten. Ich würde es begrüßen, wenn Sie einmal für diese Generation gesprochen hätten und nicht immer schweigen würden, wenn Ihnen das aufdiktiert wird in Ihrer Partei, was aus Ihrer Vergangenheit stammt, auch wenn Sie hin und wieder nach außen hin schreien müssen, genau so wie die Jungen in der Volkspartei, die dann immer schreien, wenn sie nichts mehr zu reden haben. (*Abg. Altenburger: Sie haben hier weder zu schreien noch zu reden!*) Ich danke Ihnen; ich weiß, Sie sind eine ihrer Leuchten im Parlament und ein Vorbild der Demokratie. (*Abg. Sebinger: Sie sind auch eine solche Leuchte!*)

Diese vier Zeilen, die diesem Budget bereits den Abstrich gebracht hätten, lauten folgendermaßen: „Was die Staatsausgaben betrifft, so kann heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß der aufgeblähte Verwaltungsapparat einen allzu großen Teil der Staatseinnahmen konsumiert. Wir stehen daher auch vor der Aufgabe einer Verwaltungsreform, und zwar durch den Abbau von Ämtern sowie hinsichtlich überflüssiger Parallelführungen von Aktenwegen.“

Dieser Abbau und diese Verwaltungsreform sind Ihnen nachgewiesenermaßen seit zwei Legislaturperioden nicht nur nicht ernst gewesen, sondern Sie bringen sie immer wieder dann aufs Tapet, wenn Sie wissen, daß Sie mit dem Budget irgendwie nicht zu Rande kommen. Sie wissen, daß die Einsparung der von Dr. Margarétha versprochenen 5 Prozent Abbau und die Überführung dieser Beamten in die freie Wirtschaft Ihnen mehr an Ersparnis eingebracht hätte als diese lächerlichen 383 Millionen. Warum führen Sie hier diesen Theaterdonner auf? Wenn Sie Ihr eigenes Versprechen, das, was Sie als feierliche Regierungserklärung hier abgegeben haben, das, was Sie den Wählern und auch den gläubigen Menschen in Ihren Reihen versprochen haben, nur in einem

einzigem Punkt gehalten hätten, würden wir nicht hier stehen, um dieses Schauspiel einer lächerlichen Krise behandeln zu müssen. In diesem Teil ist demonstriert, wie leichtfertig und frivol Sie von Ihren Versprechungen abgehen und wie leichtfertig und wie frivol Sie mit dem wenigen Idealismus umgehen, den sich besonders jene Generation noch bewahrt hat, die, in den ersten Weltkrieg hineingeboren, nun bereits einmal eine Regierung Ihrer Koalition miterlebt hat und die nun heute wieder vor verschlossenen Toren steht und von Ihnen etwas erwartet hat, was Sie zu geben nie bereit waren.

Sie wissen genau, daß Sie mit den Praktiken des Jahres 1934 und des Jahres 1938 den Staat schon einmal ins Unglück geführt haben, daß Sie auch nicht in der Lage sind, mit denselben Praktiken den Staat aufbauen zu können. Das wissen beide, die einen so wie die anderen. Das weiß die Sozialistische Partei genau so wie die Volkspartei, und trotzdem wird hier etwas gefeiert, was in jeder Demokratie nicht zu feiern ist, nämlich das Nicht-Wort-Halten. (*Abg. Ing. Raab: Am besten wissen es die Renegaten! Legen Sie Ihr Mandat zurück!*) Herr Minister Raab! Das ist es, worum es hier geht, das Nicht-Wort-Halten! (*Abg. Ing. Raab: Brechen Sie Ihr Wort nicht! Legen Sie Ihr Mandat zurück!*) Herr Minister Raab! Ich habe nicht von Ihnen das Mandat erhalten, sondern bin damals in die Partei gegangen und habe den Personenkreis aufgerufen, dem Sie versprochen haben, daß er eine Vertretung bekommt. Und ich bin zu einem Zeitpunkt gegangen, wo ich gesehen habe, daß die Partei gar nicht willens war, das zu halten, was sie versprochen hat. (*Abg. Altenburger: Auf Grund Ihrer Wähler haben Sie kein Mandat, Herr Ritterkreuzträger!*) Wenn Sie das als Schande bezeichnen, liegt es bei Ihnen, ich bezeichne es nicht als eine solche. (*Abg. Altenburger: Ihre Ehre haben Sie verloren!*) Herr Altenburger, über Ehre sollten gerade Sie nicht reden. (*Abg. Altenburger: Ich würde es an Ihrer Stelle nicht tun, von Ehre zu reden!* — *Abg. Ing. Raab: Jetzt winseln Sie drüben beim VdU um Aufnahme!* — *Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.*)

Wenn wir nun in den Gegenstand eingehen und uns die Geschehnisse der letzten Tage in Erinnerung rufen, dann kann ich Ihnen nur sagen, daß das, was die letzten Tage wieder gebracht haben, dasselbe Schauspiel ist, das Sie nun seit sieben Jahren diesem Staat bieten, dasselbe Schauspiel, daß Sie nun hier in aller Öffentlichkeit behaupten, daß der eine den anderen übervorteilt hat. Minister Tschadek hat bereits erklärt, daß

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952 4011

sich die Sozialistische Partei durchgesetzt hat; und ich bin überzeugt, daß der Generalsekretär Dr. Maleta, der sich bereits vor mir zum Wort gemeldet hat — allerdings nur geheim, denn er hat gewünscht, nach mir reden zu können —, dasselbe von der Volkspartei behaupten wird. Es wird dann wieder nicht um diese 383 Millionen Schilling gehen, sondern darum, daß die Inflation vor der Türe steht. Und es wird auf der anderen Seite darum gehen, daß die Volkspartei den Rentenraub fördert und daß daher die Sozialistische Partei nicht nachgeben kann. Dieses heimtückische, dieses hinterhältige und wortbruchartige Spiel, das ist es, was die Vertrauenskrise in diesem Staat ausgelöst hat. Sie werden genau so darüber hinwegreden, wie Sie über die Dinge hinwegreden, von denen Sie wissen, daß Sie bestehen. *(Zwischenruf des Abg. Dengler.)* Wenn Sie glauben, daß Sie mit Zwischenrufen dieser Vertrauenskrise aus dem Weg gehen können, wenn Sie glauben, durch die Vorverlegung der Wahl einen günstigeren Ausgangspunkt zu bekommen, um noch einmal dem Volk glaubhaft zu machen, daß auf der einen Seite nicht die alte Christlich-soziale Partei mit ihren alten Fehlern — und jetzt nur mit dem größten Fehler, daß sie keinen Seipel hat — sitzt und auf der anderen Seite die Sozialdemokratische Partei mit all ihren Fehlern, die sie in der Ersten Republik hatte, dann weiß ich genau, daß Ihnen das nicht gelingen wird. Denn Sie behaupten, daß Sie etwas Neues sind, weil Sie sich Ihrer Vergangenheit nicht in allen Dingen zu rühmen haben. Und darum hoffen Sie auch, einen besseren Start zu haben, wenn Sie die Wahlen zu diesem Zeitpunkt ansetzen.

Und die Partei, die immer wieder von sich behauptet, daß sie die staaterhaltende Partei sei, daß sie ihr Wohl immer hinter das Staatswohl zurückstellt, der fällt es gar nicht ein, daß es ein leichtfertiges Unterfangen ist, wenn sie behauptet, daß die Inflation vor der Türe steht. Glauben Sie, daß diese Unsicherheit und Unruhe, die Sie ins Land getragen haben, darum nicht ernst genommen worden ist, weil die Leute letzten Endes genau gemerkt haben, daß alles nur ein Theaterdonner ist? Aber Ihre Haltung, daß Sie es ohneweiters auf sich genommen haben, daß Sie eine Staatskrise heraufbeschworen haben, um Ihr Parteiinteresse, um Ihr Prestige zu wahren, das straft doch die ständigen Beteuerungen Lügen, die Sie nun seit Jahren dem österreichischen Volke abgeben und womit Sie immer behaupten, daß Sie nur das Opfer Ihrer Arbeit sind, obwohl die maßgeblichsten Männer in der entscheidenden Krise sich nicht einmal im

Inland befunden haben! Denn entweder ist es verantwortungslos, ins Ausland zu fahren, wenn eine Krise vor der Türe steht, oder das Ganze ist ein so abgemachtes Theater, daß man sich dessen schämen muß. *(Abg. Altenburger: Schämen Sie sich!)* Ich glaube nicht *(Abg. Dr. Pittermann: Schon wieder einer, der nicht glaubt!)*, daß das österreichische Volk das nicht weiß und nicht merkt. Ich weiß *(Abg. Altenburger: Schämen Sie sich! Ein Plagiat des Fischer!)*, ich weiß, daß Sie alles... *(Abg. Altenburger: Schämen Sie sich! Ein Plagiat des Fischer!)* Aber, Herr Altenburger, schauen Sie, Sie haben noch nie Disziplin und Würde bewiesen, woher sollen Sie es lernen? *(Abg. Altenburger: Schämen Sie sich, ein Plagiat des Fischer hier im Hause vorzutragen! Treten Sie ab!)* Schauen Sie! Sie werden uns nicht klarmachen können, daß das, was Sie hier tun, im Staatsinteresse gelegen ist. Und wenn Sie schon der Meinung sind, daß das im Staatsinteresse lag, meine sehr verehrten Damen und Herren, so ist es in jedem anderen Staate üblich, daß eine Regierung, die behauptet, in den Grundsätzen nicht mehr weiterzukönnen, zurücktritt. Und es ist in fast jedem Staate üblich, daß dann nicht dieselben Männer aufscheinen, sondern daß man hier sogar zur Notlösung des Beamtenkabinetts greift. Man kann auch hier die Beamten drei Monate regieren lassen. Man muß nicht dieselben Männer, die vorher behauptet haben, die Gegensätze seien unüberbrückbar, dann wieder zusammensetzen. Das beweist doch ganz deutlich den Inhalt Ihrer echten Meinung.

Man braucht dazu auch nur die Erklärungen der maßgeblichen Männer zu lesen. Wenn heute bereits der Vizekanzler Schärf sagt, daß die Koalition auch nach den Wahlen wiederkommen wird, ja eine Selbstverständlichkeit sei, dann kann man nur sagen: Wozu denn dieser Theaterdonner, österreichisches Volk? Warum dieser Theaterdonner? Warum? Darum, weil die siebeneinhalb Jahre nicht ganz vergessen sind; insbesondere nicht von den Menschen, denen Sie unrecht getan haben; insbesondere nicht von den Menschen, denen Ihre Proporzdictatur geschadet hat; insbesondere nicht von der ganzen jungen Generation, die heute schwankend ist im Glauben an dieses Land, weil Sie nicht in der Lage waren, ihr diesen Glauben an dieses Land zu erhalten und ihr zum Teil eine Existenz zu geben. *(Abg. Altenburger: An Sie hat sie nie geglaubt! Sie waren immer allein!)*

Ich kann daher den Herren in der Regierung nur das eine sagen: Ich bin mir klar, daß gewisse Herren, die seit dem Jahre 1945 bereits einen Pakt für das Leben geschlossen

4012 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

haben, der Meinung sind, daß sie nun auf ewig mit demselben Geist der Rache und der Unduldsamkeit dieses Land regieren können. Ich glaube, daß diese Menschen, die durch eine persönliche Freundschaft in beiden Lagern so verbunden sind, daß man nicht mehr weiß, ob der eine von der Rechten der Sozialistischen Partei (*Abg. Altenburger: Sie haben überhaupt nicht gewußt, was Sie wollen!*) — Altenburger könnte das ruhig sein — und einer von der Linken der anderen Seite angehört (*Abg. Altenburger: Lieber ein anständiger Sozialist als ein Ritterkreuzträger ohne Ehre!*), das ist nicht sehr schlimm, daß diese Menschen wieder hier sitzen; das wird das österreichische Volk nicht tragisch nehmen. (*Andauernde Rufe des Abg. Altenburger. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.*) Aber daß der Zusatz der Regierung wieder hier sitzt, der Zusatz der Regierung, die Menschen, die von sich behauptet haben, daß sie mit einem neuen Wollen in die Regierung eingezogen sind, ja daß sie ein neues Gesicht dieser Regierung geben würden, daß sie von ihren Prinzipien nicht abgehen werden, daß sie hart bleiben werden, daß diese Menschen heute wieder in der Regierung auftauchen, das alles ist nur zu bedauerlich. Damit haben sie sich mit einem Programm identifiziert, das dem entgegengesetzt ist, was sie zur Zeit ihres Eintrittes in die Regierung versprochen haben. (*Abg. Dr. Pittermann: In die SPÖ nehmen wir auf, nicht Sie! — Heiterkeit.*) Ich glaube sehr wohl, daß Sie diesen Zwischenruf nur ironisch, als Spaß gemacht haben, denn ich glaube, daß über die Aufnahme in die SPÖ wohl kein Streit ist; ich weiß nur, daß Sie oft allzu große Sorge haben über den geringen Zuwachs der Aufzunehmenden. (*Abg. Altenburger: Sie Plagiat des Fischer! — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.*)

Wenn wir also in den Zeitungen der letzten Tage gelesen haben, daß die Österreichische Volkspartei gegen die Inflation kämpft, wenn wir auf der anderen Seite gelesen haben, daß sich der Minister Maisel gegen den Rentenraub ausgesprochen hat, wenn wir auf der einen Seite gelesen haben, daß die Sozialisten die Währung und die Wirtschaft aufs Spiel setzen, und wenn wir auf der anderen Seite wieder gelesen haben, daß die Österreichische Volkspartei mit dem Inflationsschreck die Wahl einleitet, dann wissen wir, was diese Regierung und diese Regierungserklärung zu bedeuten haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will es mir versagen, hier auf Details einzugehen. Ich möchte Ihnen nur eines vorhalten: Das größte Verbrechen, das Sie be-

gangen haben, ist, daß Sie den Glauben und den Idealismus von Hunderttausenden, besonders der jungen Menschen, nicht nur mißbraucht, sondern schmählich in die Ecke gestoßen haben. Das wird sich noch sehr bitter rächen! Ich mache Sie darauf aufmerksam, wie auch die Entwicklung kommen mag und wie lustig und selbstsicher und saturiert Sie auch auf Ihren Bänken sitzen mögen (*Abg. Altenburger: Sie sitzen auf unseren Bänken!*), daß diese Verantwortung Sie treffen wird. Sie können heute lachen und Sie können heute spotten, aber es steht fest, daß Sie nicht in der Lage waren, diesen Glauben an Österreich zu erhalten, und daß Sie auch nicht in der Lage waren, die Würde dieses Landes so zu wahren, wie eine Regierung die Würde, die nationale Würde, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Landes mit Recht wahren mußte! (*Zwischenrufe.*)

Ein kurzes Beispiel noch dazu: Man hat vor kurzem erklärt, daß all das, was der Außenminister in der letzten Zeit getan hat, eine Staatsnotwendigkeit war; und ich erinnere mich der Reden im Jahre 1946, als der Herr Bundeskanzler und der Herr Außenminister damals sagten, daß das Problem Südtirol eine *Conditio sine qua non* sei. Es war nicht nur eine *Conditio sine qua non*, sondern wir wissen genau, daß es unseren Brüdern dort auf Grund des verfehlten Abkommens heute schlechter geht als in der Zeit der Ersten Republik und daß dies wieder einer jener Pakte ist, die letzten Endes unsere verantwortlichen Männer mitentschieden haben. (*Abg. Dengler: Sie unreifer Mensch!*)

Sie mögen darüber lachen, und der Herr Dengler möge persönlich beleidigend werden, Sie wissen, daß all dies einen Teil der Bevölkerung bereits bewegt. Sie wissen, daß die Bevölkerung alles erträgt, die größten Opfer, die größten Leiden, die größten Mühen, daß sie es aber auf die Dauer nicht ertragen wird, daß man immer anders spricht, als man zu handeln bereit ist. Sie wird es auf die Dauer nicht ertragen, daß die Minister vor der Regierungsbildung erklären, was sie tun wollen, daß sie sich aber dann, wenn es sich um entscheidende Taten handelt, erst darüber auseinandersetzen und offenbar einen sehr heftigen Streit darüber aufführen, um sich dann wieder einzusetzen.

Die Vertrauenskrise, in die Sie dieses Österreich gestürzt haben und in der wir heute alle leben, haben Sie zu verantworten. Und wenn Sie heute zur Wahl aufrufen und wenn Sie uns heute lächerlich machen wollen, dann seien Sie davon überzeugt, daß sich das, was Sie da getan haben, noch rächen wird. Und sollte es sich nicht sofort

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. GP. — 30. Oktober 1952 4013

rächen, dann sind Sie die Schuldigen (*Abg. Frisch: Das war ein logischer Schluß!*), wenn dann wieder dieselbe unglückliche Entwicklung eintritt, die in der Ersten Republik eingetreten ist, denn Sie fördern mit Ihren Handlungen zwangsläufig die Extreme. Sie werden also dasselbe Unglück wieder heraufbeschwören, wenn es nicht gelingt, daß eine kräftige Opposition in dieses Haus einzieht, die tatsächlich regulierend auf Ihre Handlungsweise Einfluß nehmen kann. (*Beifall bei den Unabhängigen. — Abg. Frühwirth: Eine politische Null hat ein letztes Lebenszeichen gegeben!*)

Abg. Dr. Maleta: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es ist an der Zeit, daß nach den unsachlichen Reden der Opposition, nach den dialektischen Schleiertänzen des Abg. Fischer (*Abg. Dr. Pittermann: Sehr verschleiert war er nicht!*), nach der Kriegstrompete des Dr. Strachwitz, welche nicht vorhandene Soldaten und Armeen zum Sammeln ruft, um neuerlich in dieses Parlament einziehen zu können, vor dem der behäbige Vertreter einer spießbürgerlichen Partei geredet hat, endlich wieder sachlich über jene Dinge gesprochen wird, die die österreichische Bevölkerung unmittelbar interessieren.

Wir hatten eine Regierungskrise, das ist eine Tatsache, und diese Regierungskrise wurde überwunden. Es war sicherlich ein Novum in der Zweiten Republik, daß die beiderseitigen Auffassungen in der Koalition so stark aufeinandergeprallt sind, aber es gibt Situationen, in denen ein saft- und kraftloses Kompromiß fehl am Platz ist und daher unmittelbar der Auftraggeber, der Wähler selbst darüber zu entscheiden hat, welchen Weg er künftighin gegangen wissen will.

Herr Abg. Hartleb, Sie haben uns in Ihrer Rede angekündigt, daß Sie mit Ihrer letzten Kraft gegen die Volkspartei auftreten würden. Ton, Inhalt und Temperament Ihrer heutigen Rede lassen jedoch darauf schließen, daß der letzte Bundesverbandstag des VdU Ihnen bereits diese letzte Kraft geraubt hat. (*Abg. Dr. Pittermann: Den Kraus hat er geraubt!*) Wir sehen daher mit Ruhe und Sicherheit diesem letzten Aufgebot entgegen (*Abg. Dr. Reimann: Das ist die Ruhe vor dem Sturm! — Heiterkeit — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen*), und wir denken dabei an das Wort Cäsars: „Laßt wohlbeleibte Männer um mich sein!“

Sie, Herr Abg. Strachwitz, sind groß in der Kritik, nur hat Ihnen diese Kritik bisher nicht einmal dazu genützt, um in die Gartenlaube des VdU aufgenommen zu werden. (*Zwischenrufe.*) Ich nehme an, daß das österreichische Volk diese Kritik auf ihren sach-

lichen Inhalt hin prüfen und Sie dorthin verweisen wird, wohin Sie gehören, nämlich nicht mehr in dieses Haus!

Und Sie, Herr Abg. Fischer! Unser verehrter Präsident des Nationalrates Kunschak hat Sie in seiner bekannten Höflichkeit einen blendenden Dialektiker genannt. Möge diese Dialektik Ihnen immer dazu behilflich sein, daß Sie immer die richtigen Lesarten der Kominform-Doktrin erkennen und nicht von diesem schmalen Grat der dialektischen Kletterkunststücke in den Abgrund stürzen! (*Abg. E. Fischer: Sie haben eine Sorge um mich, die mich rührt!*) Dieser dialektische Tränenerguß hatte nur die Tatsache verschleiert, daß Ihnen die „Karpfen“, als die Sie unsere Wähler bezeichnet haben, davongeschwommen sind und eben nicht an Ihrer Angel angebissen haben.

Wenn Sie uns mit Leuten aus dem bürgerlichen Lager Frankreichs und Italiens vergleichen haben, die angeblich einsichtiger wären als wir, dann kann ich Ihnen folgendes sagen: Wir Österreicher sind nicht dümmer, wir Österreicher sind nur für Infiltrationsversuche hellhöriger, als vielleicht manche annehmen! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. E. Fischer: 1945 waren Sie nicht sehr hellhörig! 1945 hätten Sie gerne angebissen! — Abg. Dr. Pittermann: Ein bißchen beim Kristofics-Binder, aber das war nur ein Versuch! — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.*)

Fast wäre ich versucht, den Herrn Abg. Fischer als einen alten und verspäteten Anhänger Luegers zu bezeichnen. Sie erinnern sich an Luegers Worte, der sagte: „Wer ein Jud' ist, das bestimme ich.“ Der Herr Abg. Fischer nimmt für sich in Anspruch zu sagen: „Wer ein Nazi ist und wer ein Militarist ist, das bestimme ich und die Kommunistische Partei.“ Militarist ist eben derjenige, der nicht bei der KP ist, der patriotisch ist, der die Kameradschaft pflegt, aber der andere ist ein progressiver Friedenskämpfer mit dem Symbol der Friedenstaube, der in den Volkspolizei-Bataillonen mit der Maschinenpistole und mit Panzern marschiert! (*Abg. Frühwirth: Siehe den Nazigeneral Müller in Ostdeutschland!*)

Wir wollen uns mit diesen Fragen nicht weiter aufhalten; ich möchte zum eigentlichen Thema übergehen.

Die Regierungserklärung Figl, die der Kanzler im Namen seiner Ministerkollegen abgegeben hat, ist gewiß keine Regierungserklärung im landläufigen Sinn, denn sie setzt nur einen provisorischen Akt, sie läßt jedoch auf Grund dieses provisorischen Charakters offen, was ansonsten eine Regierungserklärung zur Klarstellung der ge-

4014 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

meinsamen Zielsetzung beinhaltet. Daher ist es notwendig, daß über die Zielsetzung unserer Partei, die ja durch die Wahlen zur Diskussion und zur Abstimmung gestellt wird, auch von dieser Tribüne aus etwas gesagt wird. Deshalb und nicht wegen der Oppositionsredner hier in diesem Hause will ich darüber sprechen, ob die Haltung der ÖVP ihr eine Niederlage eingetragen hat, ob sie ein schwächliches Kompromiß geschlossen hat oder ob sie gar nur Wahldemagogie getrieben hat, um sich eine Wahlplattform zu sichern.

Meine Damen und Herren! Wir von der Österreichischen Volkspartei wissen, daß auf unseren Schultern, und zwar nicht nur für unsere Wähler, die Verantwortung für dieses Volk und diesen Staat ruht. Wir wissen, daß auf unseren Entscheidungen das Schicksal, das Glück und das Wohl und Wehe dieses Landes begründet ist. Und wir sind davon überzeugt, daß unsere grundsätzliche Haltung, die zu dieser Koalitionskrise beigetragen hat, letzten Endes mit den Auffassungen der Mehrheit dieses Volkes übereinstimmt und daß dieses Volk bei Befolgung dieser Auffassungen und dieser Ratschläge einen besseren Wirtschaftsaufstieg erzielen wird. Sie, Herr Abg. Fischer, haben das Fehlen eines Wirtschaftskonzeptes beklagt. Ich will Ihnen damit antworten, daß das echte Dilemma, in dem sich die Koalition befand, in der Auseinandersetzung darüber bestanden hat, daß widersprechende Sozial- und Wirtschaftsauffassungen die Einheitlichkeit eines solchen Konzeptes verhindert haben. Wir haben trotz allem und mit Festigkeit seit 1945 unser Volk langsam und sicher einen Weg nach aufwärts geführt, wir sind aber davon überzeugt, daß wir nach unserer Sozial- und Wirtschaftsauffassung ohne Lasten und ohne Ketten auf einen viel erfolversprechenderen Weg verweisen könnten.

Wenn ich von einem Dilemma gesprochen habe, so will ich nicht mißverstanden werden. Die Koalition hat ihre Aufgabe sicherlich erfüllt; daran ist kein Zweifel. Ich bekenne mich ebenfalls zu der Überzeugung, daß eine künftige Geschichtsschreibung feststellen wird, daß ohne diese Koalition, auch wenn man heute raunzt und darüber schimpft und daran nörgelt, die Einheit und die Freiheit dieses Landes verlorengegangen wäre. Aber gerade deshalb, Hohes Haus, meine Damen und Herren, war es vielleicht verantwortungslos, von einer „Staatskrise“ zu sprechen. Eine Koalitionskrise oder eine vorübergehende Budgetmeinungsverschiedenheit ist keine Staatskrise! Das ist ein Wort, vor dem ernstlich gewarnt werden muß. Es ist ja wohl auch nur deshalb ausgesprochen worden, um unsere Wähler, die auf uns einen Druck ausgeübt

haben, stark zu sein, irgendwie knieweich zu machen; aber wir Politiker haben gute Nerven, und manche Kritiker sollten eben auch die Nerven haben, sich nicht knieweich machen zu lassen. (Abg. Neuwirth: Aber das Volk verliert die Nerven!)

Zu dieser Regierungserklärung ist in dreifacher Beziehung etwas zu sagen. Sie enthält tatsächlich ein Kompromiß. Aber dieses Kompromiß, meine Damen und Herren, beweist, daß einerseits die ÖVP aus einem staatspolitischen Verantwortungsbewußtsein handelt und daß sie trotz dieses Handelns es versteht, ihre parteipolitischen Grundsätze voll und ganz zu wahren. Wir haben ja gesagt zu diesem Kompromiß, weil wir dafür verantwortlich sind, daß kein Exlex-Zustand eintritt, weil wir dafür sorgen müssen, daß nach dem 1. Jänner 1953 auf Grund von Gesetzen verwaltet und regiert werden kann.

Daher ist es völlig unrichtig, zu behaupten, daß wir in diesem Kompromiß der verlierende Partner wären. Denn entscheidend sind nicht die Budgetziffern des Provisoriums, sondern entscheidend ist die Tatsache, daß unser Finanzminister Kamitz der Wächter und Hüter der Einnahmen sein wird, die in den nächsten Monaten in die Kassen des Staates fließen, daß er auch über die Ausgaben regulierend wachen und dafür sorgen wird, daß das kommende Budget nicht mit Hypotheken belastet ist, die uns eben in jenen Zustand bringen würden, den wir als unrichtig bezeichnet haben. (Beifall bei der ÖVP.) Unser Finanzminister, unsere Wirtschaftsminister, unsere ganze Regierung waren mit der Partei voll und ganz solidarisch. Wir wußten, daß wir mit diesem Kompromiß nicht unser Gesicht verlieren.

Aber eines, verehrter Herr Abg. Tschadek, möchte ich doch herausgreifen. Sie haben eine Rechnung aufgestellt. Sie haben in diese Rechnung hineingeschrieben — aus ganz durchsichtigen Gründen —, daß eine Forderung der Österreichischen Volkspartei auf 7 Millionen Schilling Subvention für die konfessionellen Schulen abgelehnt wurde. Es ist bekannt, daß unsere ursprüngliche Forderung 30 Millionen Schilling betrug, daß uns dann vom Herrn Vizekanzler 7 Millionen Schilling zugesagt waren und daß nun auch dieser Betrag gestrichen wurde. Ich möchte heute nichts anderes tun als feststellen: Jawohl, das ist am Einspruch der SPÖ gescheitert. Wir stellen Ihnen darüber gerne die Quittung aus.

Meine Damen und Herren! Wenn dem so ist, dann ist es keine tänzerische Leistung, beim Vordertür! hinauszugehen und beim Hintertür! wieder hereinzukommen, wie der Abg. Fischer gesagt hat, als er sich mit der

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952 4015

Wiederbetrauung der Regierung beschäftigte, sondern dann ist die Wiederbetrauung eine logische Folge. Es wäre zwecklos gewesen, andere Personen zu bestellen, weil durch diese Lösung gerade die Männer unseres wirtschaftlichen Vertrauens in der Lage sind, über die künftige Entwicklung zu wachen. (*Abg. E. Fischer: Wozu habt ihr dann die Krot gefressen?*) Bemühen Sie sich um Ihre eigenen Krottümpel und Karpfenteiche, das wird Ihnen viel zuträglicher sein! Der frühzeitige Wahltermin war eine ebenso konsequente Folgeerscheinung.

Die Koalition hat, wie ich gesagt habe, ihre Aufgabe erfüllt. Aber es kann eben einen Punkt geben, wo die Meinungen auseinandergehen und die Wähler unmittelbar entscheiden müssen. Selbst dann, wenn etwa nach den Wahlen wieder eine Koalition aktuell sein sollte, kommt es wenigstens darauf an, daß das Gewicht der Volkspartei in einer solchen Regierung stärker zur Geltung kommt.

Die Sozialisten glauben immer — und wir machen ihnen daraus keinen Vorwurf —, daß ihr Programm einen größeren Wohlstand und einen gerechteren Lastenausgleich bringt. Sie nehmen jedoch das Risiko eines eventuellen neuen Lohn- und Preisabkommens und einer, wie sie glauben, steuerbaren und, wie wir glauben, nicht steuerbaren Inflation auf sich.

Wir sind von der fundamentalen Tatsache beeindruckt, daß jene Länder, in denen unsere Wirtschaftsprinzipien Geltung haben, den höchsten Lebensstandard und die konsolidierteste Wirtschaft haben und daß die Länder des sozialen Wunderglaubens einer angeblichen Menschheitsreligion den tiefsten Lebensstandard haben. Meine Damen und Herren! Es ist nicht mehr so wie vor Jahrzehnten, als ein sogenannter fluchwürdiger Kapitalismus Proletarierarmeen erzeugte und der Sozialismus die Behauptung aufstellte, es bessermachen zu können. Dieser Kapitalismus ist ein anderer geworden. Die Marxisten haben Gelegenheit gehabt, unter Beweis zu stellen, was sie tatsächlich leisten können.

Herr Abg. Fischer! Ich weiß, der Marshallplan liegt Ihnen schwer im Magen. (*Abg. E. Fischer: Mir nicht, aber euch!*) Aber es gibt ein Sprichwort: Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul. (*Abg. E. Fischer: Wenn der geschenkte Gaul die Räude kriegt, ist es schlecht!*) Sie sollten sich aber als Verfechter der Verstaatlichung und Planwirtschaft einmal diesen Gaul betrachten; Sie würden dabei feststellen, daß es in diesem Maul Goldplomben gibt. (*Abg. E. Fischer: Die Maul- und Klauenseuche soll er nicht haben! Das ist schlecht!*) Die ist bei Ihnen zu Hause!

Sie haben die Maul- und Klauenseuche — und wir den Marshallplan!

Unser Programm, das wir vertreten, ist daher nicht das Programm einer rückschrittlichen Wirtschaft, nicht das Programm eines egoistischen, profitlüsternen Unternehmertums, nicht ein Programm gegen die Arbeitnehmerschaft, sondern im Gegenteil ein Programm der Wertbeständigkeit der Löhne und Gehälter, ein Programm der Sicherung der Existenz der Arbeitsplätze (*Abg. E. Fischer: 120.000 Arbeitslose!*), ein Programm der Steigerung der Lebenshaltung, das Programm eines echten Solidarismus! (*Abg. Dr. Pittermann: Was, das gibt es auch noch?*) Herr Dr. Pittermann! Sie lesen offenbar die Artikel Ihres eigenen Parteiobmannes nicht, der sich unlängst darüber beklagt hat, daß die Volkspartei immer mehr konservativ, reaktionär und rückschrittlich wird, weil von ihr seit einem Jahr das Wort Solidarismus nicht mehr zu hören war. (*Abg. Slavik: Das kommt erst vor den Wahlen wieder heraus!*) Offenbar hat aber auch der Herr Vizekanzler vergessen, die „Zukunft“ zu lesen, denn dort hätte er wieder feststellen können, daß Solidarismus nicht ein Beweis des Fortschrittes, sondern eine Fahne der Reaktion sei. (*Abg. Dr. Pittermann: Jetzt wissen wir, warum der Hurdes gefallen ist!*) Kümmern Sie sich, Herr Kollege Pittermann, um Ihren kommenden Parteitag, der Ihnen auch ein Sorgenbinkerl aufbürden wird, wie der Herr Sorgenbrecher Hartleb es vorige Woche zu tragen hatte. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt ganz kurz noch feststellen, daß dieser Kampf um das Budget kein Novum war, kein momentaner Einfall, um eine Wahlplattform zu finden, sondern daß dieser Kampf um die Budgetgestaltung eine geradlinige und logische Fortentwicklung unserer Prinzipien war, die seit der Regierungsumbildung im Jänner von unseren Ministern vertreten werden.

Wir sind nun einmal der Meinung, daß man ein Budget nicht von der Ausgabenseite her gestalten kann, sondern im Gegenteil von der Einnahmenseite her gestalten muß. Wir glauben nämlich, daß die Pensionisten und die Rentner und die Lohn- und Gehaltsempfänger von Versprechungen eines papierenen Budgets nichts haben, wenn der Finanzminister nicht dafür Sorge trifft, daß in dem Topf auch genügend Suppe zum Verteilen vorhanden ist.

Wir sind nicht gegen Sozialpolitik, meine Damen und Herren, sondern wir sind für die Garantie der sozialen Leistungen durch eine gesunde Wirtschaftspolitik! (*Lebhafter Bei-*

4016 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

fall bei der Volkspartei. — Abg. Weikhart: Deswegen reduzieren Sie!) Wir sind vielleicht auf einen kurzen Moment in der Optik und in der Propaganda in der Rückhand, weil es natürlich dem, dem etwas versprochen wird, was er morgen bekommen soll, angenehm in den Ohren klingt. Er kommt nämlich erst später darauf, wenn übertriebene Leistungen, wenn ein übertriebenes Budget zur Inflation geführt hat, daß es eine Augen-auswischerei gewesen ist, ein magisches Ziffernspiel zur Täuschung der Wähler.

Wir wollen daher eine Wirtschaftspolitik der Steigerung der Produktion, der Senkung der Produktionskosten, der richtigen Lenkung der Konsumindustrie, weil dadurch allein der Lebensstandard gehoben werden kann, weil dadurch allein der Export gefördert wird. Wir wollen den Export von Schranken und Fesseln befreien, weil wir die Voraussetzungen für eine Absatzsteigerung schaffen müssen.

Vielleicht war es eine Unterlassungssünde nicht nur der Österreichischen Volkspartei, sondern aller Parteien, einschließlich der Kritiker, und vielleicht ist es ein Minderwertigkeitskomplex der gesamten österreichischen Bevölkerung, zu übersehen, daß dieser Staat und dieses Volk seit 1945 aus einem wirtschaftlichen Zusammenbruch, aus einem Vakuum sondergleichen ein Wirtschaftswunder hervorgezaubert haben. Und wenn wir nicht weiter gekommen sind, meine Damen und Herren, dann sind die Belastungen, die Hypotheken, die Besatzungskosten, die USIA, die Nichtverfügungsberechtigung über unser Eigentum (*Abg. E. Fischer: Und der Krautland usw.!*) und die durchlässigen Zollschranken und Grenzen daran schuld.

Wir haben also Leistungen, aber wir vergessen immer, darauf zu verweisen, daß wir vieles getan und gemacht hätten, wenn es nicht an Einsprüchen gescheitert wäre: Du kannst diese Autobahn nicht ausbauen, sie ist Deutsches Eigentum, du kannst Kabel von Wien nach Linz nicht legen, weil da Einspruch erhoben wird, und das und jenes. Das sollten wir hinaus-schreien, das sollten wir unserer Bevölkerung sagen — und wir werden es auch tun bei den kommenden Wahlen —, weil es falsch und unrichtig ist, das nicht zu sehen. Man muß im Lichte dieser Schwierigkeiten die Aufbauleistungen sehen, denn nur so können sie in ihrer Größe richtig beurteilt werden. Dann wird man uns auch nicht den unsinnigen Vorwurf machen, daß wir kein wirtschaftliches Konzept besitzen. Gerade deshalb sind wir die Träger dieser Zukunft, und auf unseren Schultern lastet die Verantwortung, der Glaube und die Zuversicht! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und ist es etwa nicht wahr, daß wir seit einem Jahr ein stabiles Preisgefüge haben? Hat nicht die vielbelachte Preissenkungsaktion der Wirtschaft der Inflation einen Damm vorgeschoben? Haben wir nicht ein neues Lohn- und Preisabkommen verhindert, weil gerade aus der Arbeiterschaft und aus den Gewerkschaften Besorgnisse laut wurden, daß in einem neuen Lohn-Preis-Abkommen der scheinbar ansteigende Lohn wegschmilzt wie der Schnee in der Sonne? Sind nicht gewisse Preise, wie bei Textilien und Schuhen, gefallen? Haben wir nicht eine aktive Zahlungsbilanz? Haben wir nicht eine Verbesserung der Handelsbilanz zu verzeichnen? Ist nicht ein Rückstrom des Fluchtkapitals zu bemerken? Haben wir nicht eine Festigung des freien Schillingkurses? Hat sich nicht das Agio des Dollarkurses verringert, und steigert sich nicht das Sparvolumen?

Ist das alles nicht ein Beweis dafür, daß die Österreicher beginnen, an diesen Schilling zu glauben? Ist es nicht ein Beweis dafür, daß das Ausland Vertrauen gewonnen hat, als es sah, wie unser Finanzminister sein Programm des Sparens und des ausgeglichenen Budgets entwickelte, daß wir nicht wie Hochstapler leben, sondern uns nach der Decke strecken und so die Voraussetzungen dafür schaffen wollen, wieder kreditwürdig zu werden?

Und so ist dieses Budgetprovisorium, diese angebliche Niederlage der Österreichischen Volkspartei ein Beweis, eine Zäsur und eine Wende, die uns den Weg für eine neue Wirtschaftspolitik freilegen soll.

Und nun will ich nach diesen Feststellungen noch an einigen konkreten Beispielen nachweisen, wie unrichtig, wie falsch und wie verlogen es ist, uns einer unsozialen Politik zu beschuldigen. Wo steht geschrieben und wo wurde es gesagt, daß wir für Rentenkürzungen sind? Wir sind für keine Rentenkürzung! Wir sind gegen die Rententwertung, wir sind für die Rentensicherung, dadurch, daß der Finanzminister die Voraussetzungen schafft, um die Renten auch auszahlen zu können. Der Rentner und das kleine Weiberl, Herr Dr. Pittermann, mit seinem Schalerl Kaffee haben nur ein Interesse an der Rente, die sie bekommen, aber nicht an Rentenverwaltungspalästen, die errichtet werden! (*Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.*)

Niemals hat der Herr Finanzminister die Behauptung aufgestellt, daß er die Renten kürzen will. Er hat nur gesagt: Ein notleidender Staat soll nur notleidenden Sozialversicherungsinstituten Unterstützungen geben, aber nicht solchen, die Reserven angesammelt

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952 4017

haben. Der Finanzminister hat nur den Ausgleich verlangt, und das ist eine gerechte Forderung, weil der Steuerzahler nur dort einspringen soll, wo ein echter Notstand ist, und nicht dort, wo ohnedies Überschüsse vorhanden sind. Die Österreichische Volkspartei wird sich mit der sozialistischen Rentenparole sicherlich nicht ins Bockshorn jagen lassen.

Dasselbe gilt für den sozialen Wohnungsbau. Wir haben nichts gegen das Bauen. Wir wissen, daß das ein Anliegen des österreichischen Volkes ist, wir sind nur verschiedener Meinung über die Grundsätze und über die richtigen Maßnahmen, die zu setzen sind. Wir glauben, daß der Gedanke des Wohnungseigentums, des eigenen Heimes zugkräftiger, sozialpolitisch richtiger gedacht ist. Es wäre doch ein Wahnsinn, bei dieser allgemeinen Wohnungsnot zu sagen: Wir sind gegen das Bauen von Wohnungen.

Sie aber, Herr Abg. Fischer, dürfen überhaupt nichts kritisieren, denn im prozentmäßigen Verhältnis ist in Österreich mehr gebaut worden als in der Sowjetunion. (Abg. E. Fischer: Sie sind ein Waisenknabe! Lesen Sie etwas!) Gott sei Dank, daß Sie nicht mein geistiger Vater sind. (Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. E. Fischer: Das hätte mir noch gefehlt! 1945 wäre ich es fast geworden!) Lassen Sie diese blödsinnige Walze, verehrter Herr Fischer, Ihren Sirengesang! (Abg. E. Fischer: Gar so blödsinnig? Sie wissen ganz genau, was ich meine!) Schauen Sie, wer oben steht, in dessen Haaren zaust der Wind, auch wenn es nur ein Fischer-Gesäusel ist.

Wir werden, und das soll ein echter Beweis dafür sein, daß der Herr Finanzminister nicht daran denkt, irgendwelche sozialpolitische Leistungen einzuschränken, auch das, was für die Altpensionisten zugesagt wurde, halten, und wir sagen auch den Beamten von dieser Stelle aus: Wir sind gewillt und bereit, mit den Gewerkschaften über ihre Anliegen zu sprechen und einen gemeinsamen Weg zu finden, wenn wir in den nächsten Monaten die Voraussetzungen für eine gesunde Finanzgebarung geschaffen haben. Wir sind die letzten, die eine vernünftige und gerechte Forderung nicht einsehen. Und wir wissen von der Not des Mittelstandes, Herr Abg. Fischer, wir brauchen Ihre Aufklärung nicht, wir wissen schon alleine, daß es notwendig ist, unserem intellektuellen Mittelstand zu helfen. (Abg. E. Fischer: Aber ihr tut nichts dagegen!) Sie wären ja froh darüber, wenn nichts geschähe, denn dann allein können Sie Ihre Leimruten mit halbwegs Aussicht auf Erfolg auslegen.

Meine Damen und Herren! Zusammenfassend zwei Sätze: Wir, die Österreichische Volkspartei, sind eine Partei der staatspolitischen Verantwortung. Wir haben daher manche Opfer auf uns genommen, wir haben manche Opfer an Popularität getragen. Wir sind aber auch die Partei des rechten Maßes und der Mitte, weil wir wissen, daß unsere Grundsätze, die wir jetzt vertreten, sich weitgehend mit den Lebensinteressen unseres Volkes treffen. Daher haben wir uns zu dem Entschluß durchgerungen, daß wir es einmal darauf ankommen lassen, die Wähler an die Urne zu rufen. Wir glauben und wissen, daß dieser Entschluß richtig war, und wir sind auch gewillt, den Appell Dr. Tschadeks anzuhören und aufzunehmen; nämlich jenen Appell, nicht irgendwie mit dunklen Waffen zu kämpfen, sondern mit Argumenten. Es ist sicherlich in der letzten Zeit manchmal eine scharfe Gangart geritten worden; wir haben daran keine Freude gehabt, sie wurde uns aufgezwungen. Wir haben bewiesen, daß wir auch auf diesem Roß reiten können, aber wir steigen gerne wieder herunter. Wir wissen, daß der lachende Dritte (auf die Bänke des Linksblocks weisend) dort drüben sitzt, und infolgedessen sind wir uns der Verantwortung immer bewußt, damit nicht das Wort wahr werde, das Grillparzer gesprochen hat und das lautet:

„Ihr habt bei Nacht und Nebel gekriegt,
Und euer Feind, er liegt besiegt;
Doch als man die Leiche beim Licht erkannt,
Da war's euer eigenes Vaterland.“

(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Abg. Dr. Pfeifer: Hohes Haus! Ich habe mich zum Wort gemeldet, um zu dem eigentlichen Gegenstand, nämlich zu der Regierungserklärung im engeren Sinn, noch ein paar Worte zu sagen und zu dem, was den unmittelbaren Anlaß zur Regierungserklärung gebildet hat, der Ihnen ja wohlbekannt ist, der aber noch einmal unter die verfassungsrechtliche Lupe genommen werden soll.

Sie wissen, daß unsere Verfassung im Art. 51 bestimmt, daß spätestens zehn Wochen vor Ablauf des Finanzjahres von der Bundesregierung ein Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das folgende Finanzjahr dem Nationalrat vorzulegen ist, und Sie wissen, daß es sich vorige Woche ereignet hat, daß diese hier von der Verfassung vorgeschriebene Frist vor dem Ablauf stand und die bestehende Koalitionsregierung diese ihre verfassungsrechtliche Pflicht bis zur letzten Minute nicht erfüllt hat. (Abg. Dr. Pittermann: Jetzt habe ich geglaubt, es ist Professorenstreik! — Heiterkeit.)

4018 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

Das ist der Ausgangspunkt der Sache, und über diesen Punkt setzt man sich heute in der Debatte eigentlich praktisch fast hinweg, obwohl er doch seine Bedeutung und sein Gewicht hat, da nun einmal die Verfassung für uns die Grundlage des öffentlichen Lebens ist und unter allen Umständen eingehalten und beachtet werden muß.

Was ist nun in Wirklichkeit geschehen? In Wirklichkeit hat die Regierung, als sie sah, daß es auch in letzter Minute nicht zur Einigung zwischen den beiden Koalitionspartnern kommt, nun in allerletzter Minute, eine Viertelstunde vor 12 Uhr Mitternacht, beschlossen zu demissionieren, und der Herr Bundeskanzler hat diese Demission am nächsten Tage dem Herrn Bundespräsidenten bekanntgegeben und um die Enthebung vom Amte ersucht.

Und nun ist wieder einmal eine Bestimmung der Verfassung da, die besagt: „Unbeschadet der dem Bundespräsidenten ... sonst zustehenden Befugnis sind die Bundesregierung oder ihre einzelnen Mitglieder vom Bundespräsidenten in den gesetzlich bestimmten Fällen oder auf ihren Wunsch des Amtes zu entheben.“ Es ist also nicht etwa so, daß es nun im freien Ermessen des Bundespräsidenten stünde, ob er einem Demissionsangebot und einem Rücktrittsgesuch einer Regierung oder ihrer einzelnen Mitglieder Folge leisten will oder nicht, sondern die Verfassung schreibt auch hier im Falle einer freiwilligen Demission zwingend vor, daß der Bundespräsident diesem Wunsch auf Enthebung vom Amte zu entsprechen habe. Nun haben wir auch hier das Sonderbare erlebt, daß diesem vorgetragenen Wunsche der Demission der Regierung nicht sofort Folge gegeben wurde, sondern daß der Herr Bundespräsident sich freie Entscheidung vorbehalten hat. Und dann ist das Weitere gefolgt. Es war die Frist abgelaufen, es wurde weiter verhandelt, und wir haben endlich die Wiederbetrauung der erst einige Tage später enthobenen Bundesregierung mit dem Amte erlebt.

Wie ist es nun mit der Regierungserklärung und mit der Begründung für diesen Vorgang? Die Regierungserklärung sagt klar und unumwunden: „Die beiden Koalitionsparteien konnten sich trotz langwieriger Verhandlungen über die Grundsätze, nach denen das Budget für 1953 zu erstellen ist, nicht einigen.“ Ich muß diese Stelle hervorheben, denn ich nehme sie für durchaus wahr an. Das ist schon so, daß sie sich über die Grundsätze nicht einigen konnten, daß hier grundsätzlich verschiedene Auffassungen von der sozialistischen und von der ÖVP-Seite bei der Erstellung dieses Budgets bestanden haben.

Daraus geht aber auch hervor, daß eine andere Verlautbarung, die wir in der „Wiener Zeitung“ einige Tage vorher gelesen haben, nicht zutreffend sein kann, wenn es dort heißt: „Bundeskanzler Ing. Dr. Figl sagte unmittelbar nach der Demission, er habe vor Antritt seiner Reise in die Benelux-Staaten mit seinen Regierungskollegen die einzelnen Fragen des Budgets abgestimmt. Nur kleine Differenzen seien noch zu bereinigen gewesen.“

Nein, in den grundsätzlichen Fragen waren sie sich bis zum Schluß nicht einig; deswegen haben sie sich auch nicht zur rechten Zeit geeinigt, und deswegen kam es zur Demission, weil die Regierung beziehungsweise die hinter ihr stehenden Koalitionsparteien im Grundsätzlichen nicht einig waren und nicht einig werden konnten.

Nun ist die Frage: Ist es hier nach der Verfassung und nach den Grundsätzen einer Demokratie berechtigt gewesen, daß eine verantwortungsbewußte Regierung, obwohl sie wußte und wissen mußte, daß man sich im Grundsätzlichen nicht einig war, trotzdem bis zum letzten Moment die Frage hat anstehen lassen, wie die Dinge überhaupt gelöst werden sollten, und dabei die Frist versäumte, die die Verfassung vorschreibt? Es ist die Frage — es ist für mich keine Frage, aber es ist hier zu erörtern —, ob es nicht viel richtiger gewesen wäre, daß die Regierung schon einige Tage oder Wochen vorher die Konsequenz aus den unüberbrückbaren grundsätzlichen Gegensätzen gezogen und ein wirklich ehrlich gemeintes Demissionsangebot dem Bundespräsidenten gemacht hätte. Das wäre meiner Ansicht nach die einzig richtige Lösung gewesen; denn wenn die Bundesregierung erst 15 Minuten vor Ablauf der Frist zu dem Entschluß kommt zu demissionieren und erst nach Ablauf der Frist ihren Demissionsbeschluß dem Staatsoberhaupt bekanntgibt, dann läßt sie ja dem Staatsoberhaupt keine Möglichkeit mehr offen, die Einhaltung der Verfassung zu sichern — und doch ist der Bundespräsident der Hüter der Verfassung. Hätte die Regierung früher die Konsequenzen aus den unüberbrückbaren Gegensätzen gezogen, hätte sie früher demissioniert, wäre das Staatsoberhaupt in der Lage gewesen, zur rechten Zeit neue Männer einzusetzen und auf diese Weise einen wirklichen Budgetgesetzentwurf für das ganze Finanzjahr dem Haus vorzulegen. Hier ist eben die Schuldfrage der ganzen Sache gelegen.

Es ist doch uns allen bekannt, daß sich gerade die maßgebendsten Personen, der Herr Bundeskanzler und der Herr Vizkanzler, obwohl die Krise immer mehr dem Höhepunkt zutrieb und die Frist knapp vor dem Ablauf

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952 4019

stand, in das Ausland begeben haben; der Herr Bundeskanzler in die Benelux-Staaten, der Herr Vizekanzler nach Italien zu einem sozialistischen Kongreß. Das alles mag ja in normalen Zeitläuften ein sehr begründetes Beginnen sein, aber in dieser Situation ist es eine grobe Fahrlässigkeit, die wir hier feststellen müssen, eine grobe Fahrlässigkeit, das Staatsschiff treiben zu lassen und sich selbst ins Ausland zu begeben. Ich weiß, daß auch ein drittes Mitglied der Regierung damals im Ausland weilte, es war unser Außenminister Dr. Gruber.

Nun glaube ich, daß man bei einigem Verantwortungsbewußtsein anders hätte handeln müssen, daß, wenn nun schon ein Staatsbesuch in den Benelux-Staaten vorgesehen war und sich vielleicht nur schwer absagen ließ, in diesem Augenblick auch unser Minister für auswärtige Angelegenheiten hätte fahren können und daß der Herr Bundeskanzler in diesem kritischen Augenblick hätte zu Hause bleiben können und sollen. Und noch mehr glaube ich beim Vizekanzler, daß wohl nirgends zwingend steht, daß man Parteikongresse besuchen muß, wohl aber ist in der Verfassung zwingend vorgeschrieben, daß das Budget zehn Wochen vor Ende des Jahres einzubringen ist. Diese Fahrlässigkeit ist hier anzuklagen, daß nämlich die Regierung, u. zw. ihre obersten Spitzen, fahrlässig gehandelt haben und nicht zur rechten Zeit da waren, nicht zur rechten Zeit demissioniert haben und damit das Staatsoberhaupt der Möglichkeit beraubt haben, für eine verfassungsmäßige Lösung der Budgetfrage Vorsorge zu treffen.

Das ist es, was wir heute feststellen müssen. Und wenn man nun so tut, als wenn die dann einige Tage später getroffene Lösung ohnedies eine wunderbare Lösung sei, die, wie der Herr Abg. Dr. Tschadek gemeint hat, ein Zeichen der politischen Reife sei, so sind wir auch in diesem Punkte wesentlich anderer Ansicht. Wir sind der Ansicht, daß das keine Lösung ist. Die Demission ist vielmehr nichts anderes als ein vorgetäushtes Alibi gewesen, um sich scheinbar von dieser verfassungsrechtlichen Verantwortung und Schuld irgendwie freizumachen, ohne es in Wirklichkeit zu können. Zweitens sind wir der Ansicht, daß mit der Einbringung des Budgetprovisoriums, die nun erfolgt, die Frage gar nicht wirklich gelöst ist, sondern das ist, was ein Sprecher im österreichischen Rundfunk, Professor Ostry, als die Krise ausbrach, mit den Worten angedeutet hatte: Ich bin überzeugt davon, daß diese Krise ihre echt österreichische Lösung finden wird.

Nun, meine Damen und Herren, ein Budgetprovisorium, das, von der Regierung nach

Ablauf der Frist eingebracht, naturgemäß nicht dem letzten Stand der Dinge Rechnung trägt und naturgemäß nicht den gesetzlichen Verpflichtungen, die seit dem Jahre 1952 entstanden sind, voll Rechnung tragen kann und daher notgedrungen andere Dinge zurückstellen wird müssen, um diesen gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen, ist eine Notlösung und ist ein System, das wir eben als System des Fortwurstelns bezeichnen müssen. Und dadurch ist das ganze System, abgesehen von der Mißachtung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen, gekennzeichnet. Das System des Fortwurstelns um jeden Preis, nur damit eines erhalten bleibt, nämlich die Ministeressel. Und das ist es, was wir — es ist in anderen Reden schon zum Ausdruck gekommen — auf der ganzen Linie vermissen, wenn wir die ganzen Jahre der Regierungstätigkeit betrachten, daß nirgends wirkliche Lösungen, nirgends Lösungen großer Probleme zu sehen sind, sondern überall nur halbe Lösungen und überall ein Fortwursteln, Fristenverlängern, Provisorien-Einbringen.

Da wollen wir etwas anderes, und hier kommen wir zu dem einzigen Positivum dieser Regierungserklärung, und das ist der Appell an das Volk und die Empfehlung, sobald wie möglich Neuwahlen auszuschreiben. In diesem Punkte treffen sich unsere Wünsche, in diesem Punkte sind wir Ihren Wünschen sogar vorausgeeilt und in diesem Punkte hatten wir weitergehend als die Regierungsparteien schon früher einen früheren Zeitpunkt verlangt und gewünscht.

Wenn nun als letzter Tagesordnungspunkt dieses Gesetz zur Behandlung kommen wird, so werden Sie in diesem Punkte unsere volle Zustimmung finden, weil es nur die Erfüllung einer unserer Forderungen ist, eine Forderung, die von dem Wunsch beseelt ist, ein System herbeizuführen, das der Verfassung, dem Recht und der Wirtschaft in gleichem Maße dient. *(Beifall bei den Unabhängigen.)*

Präsident **Böhm** *(der inzwischen den Vorsitz übernommen hat)*: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet, die Rednerliste ist erschöpft und die Debatte geschlossen. Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Der **2. Punkt** der Tagesordnung ist der Bericht und Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes, womit die **VI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vorzeitig beendet** wird (665 d. B.).

Berichterstatte **Sebinger**: Hohes Haus! In der Sitzung des Nationalrates vom 15. Oktober 1952 wurde von den Abg. Ing. Raab, Dr. Pittermann und Genossen ein Initiativantrag auf

4020 101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 30. Oktober 1952

vorzeitige Beendigung der VI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates eingebracht. Dieser Antrag stand im Verfassungsausschuß am 29. Oktober 1952 in Anwesenheit des Herrn Bundesministers für Inneres zur Behandlung und Beschlußfassung.

In dem Antrag 131/A waren die Neuwahlen zum Nationalrat für einen solchen Zeitpunkt vorgesehen, daß der neugewählte Nationalrat spätestens am 26. Mai 1953 hätte zusammentreten können. Mit Rücksicht darauf, daß nunmehr feststeht, daß die Verabschiedung des Bundesbudgets 1953 bereits Aufgabe des neuen Nationalrates sein wird, hat sich der Ausschuß für den frühestmöglichen Wahltermin entschieden, und es liegt nun dem Hohen Hause der Antrag vor, die Bundesregierung möge die Wahlen zum Nationalrat für einen solchen Zeitpunkt ausschreiben, daß der neugewählte Nationalrat spätestens am 24. März 1953 zusammentreten kann. Als Wahltag kommt demnach der 22. Februar 1953 in Frage.

Die im Auflösungsgesetz vom Jahre 1949 als Abs. 3 des § 1 enthaltene Bestimmung, daß die laufende Gesetzgebungsperiode des Nationalrates bis zu dem Tage dauert, an dem der neugewählte Nationalrat zusammentritt, konnte als überflüssig weggelassen werden, da diese Regelung bereits eindeutig im Art. 29 Abs. 3 des Bundes-Verfassungsgesetzes enthalten ist.

Durch die einstimmige Annahme des dem Hohen Hause vorliegenden Gesetzentwurfes ist der Antrag der Abg. Dr. Gasselich und Genossen vom Verfassungsausschuß als gegenstandslos erklärt worden.

Der dem Hohen Haus vorliegende Antrag des Verfassungsausschusses lautet:

Bundesgesetz vom 1952, womit die VI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vorzeitig beendet wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Der Nationalrat wird gemäß Artikel 29 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode aufgelöst.

(2) Die Bundesregierung hat die Wahlen zum Nationalrat für einen solchen Zeitpunkt auszuschreiben, daß der neugewählte Nationalrat spätestens am 24. März 1953 zusammentreten kann.

§ 2. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Ich beantrage, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen, und bitte das Hohe Haus, dem Antrag des Verfassungsausschusses die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

Präsident **Böhm**: Die Tagesordnung ist damit erschöpft.

Die nächste Sitzung findet am 12. November, 11 Uhr vormittag, statt. Gegenstand der Beratung wird das Bundesgesetz über die Führung des Bundeshaushaltes vom 1. Jänner bis 31. Mai 1953 sowie das Gewerbesteuerausgleichsgesetz sein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 15 Uhr 10 Minuten